

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906**

108 (28.3.1906) Badischer Landtag. Zweite Kammer. 52. öffentliche  
Sitzung

# Karlsruher Zeitung.

N. 108.

Mittwoch, 28. März

1906.

## Badischer Landtag.

### ==== Zweite Kammer. ====

#### 52. öffentliche Sitzung

am Dienstag, den 27. März 1906.

#### Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Groß. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für die Jahre 1906 und 1907, Ausgabe Titel X: Unterrichtswesen, I. Höhere Unterrichtsanstalten. — Druckfache Nr. 10c (1). — Berichterstatter: Abg. Obkircher.

Am Regierungstisch: Staatsminister und Minister des Groß. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Dr. Frhr. v. Dusch und Geh. Oberregierungsrat Dr. Böhm.

Präsident Dr. Wilkens eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 25 Minuten.

Es wird mitgeteilt, daß anstelle des Abg. Schüler während dessen Abwesenheit im Reichstag der Abg. Schmundt in die Budgetkommission und in die Vermögenssteuerkommission eintritt.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Es erhält zunächst das Wort der Berichterstatter

Abg. Obkircher (natl.): Die Anforderung der Stelle eines Direktors im Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat in der Budgetkommission Anlaß gegeben, die Organisationsfrage der gesamten Unterrichtsverwaltung einer Erörterung zu unterziehen, und ich kann als Berichterstatter nicht umhin, auf diese Frage auch hier einzugehen.

Die gegenwärtige Organisation der gesamten Unterrichtsverwaltung ist z. Bt. eine mehrgliedrige. Die Hochschulen unterstehen direkt der Verwaltung des Ministeriums selbst. Die Mittelschulen sind, wenn ich von den Kompetenzen der Gemeinden bezüglich der Realanstalten absehe, dem Oberschulrat in erster und dem Ministerium in zweiter Instanz unterstellt. Die Volksschulen, auch hier wieder abgesehen von den Kompetenzen der Gemeinden, unterstehen zunächst den Kreis Schulräten, über diesen dem Oberschulrat und in letzter Instanz dem Unterrichtsministerium.

Im Ministerium sind für den Unterrichtsteil seiner Verwaltung zwei Räte, wovon der eine speziell mit dem

Respektat der Hochschulen, der andere mit dem Respektat der Mittelschulen und Volksschulen betraut ist, der letztere zugleich auch noch als Referent im Bauwesen des Ministeriums reichliche Arbeit findet. Im Ministerium selbst sind die Respektanten nebst dem Minister selbst aus der juristischen bezw. aus der kameralistischen Karriere hervorgegangen. Im Oberschulrat sind an leitender Stelle und in der Vertretung des Leiters ebenfalls Juristen angestellt. Erst in den Ratsstellen finden wir die eigentlichen Fachmänner, die Schulmänner. Die Kreis Schulräte sind aus den praktischen Schulmännern hervorgegangen, soweit ich sehe, ohne jede Ausnahme.

Es ist nun, wie gesagt, die Stelle eines Direktors im Ministerium vorgesehen, die speziell bestimmt ist für die Unterrichtsverwaltung. Man könnte in dieser Anforderung ja vielleicht den Anlaß zu einer Organisationsänderung in der Richtung erblicken, wie sie schon wiederholt in Fachkreisen und auch in diesem Hohen Hause als erstrebenswert bezeichnet worden ist. Es geht aber aus den Verlautbarungen der Groß. Regierung hervor, daß eine Organisationsänderung in dieser Richtung nicht beabsichtigt ist. In den Erläuterungen zu dieser Budgetanforderung ist nämlich nur angegeben, daß den Grund für diese Anforderung die Vermehrung der Geschäfte, speziell der Unterrichtsabteilung, und das Bedürfnis bildet, die Bedeutung dieser Abteilung für unsere gesamte Staatsverwaltung auch äußerlich mehr zum Ausdruck zu bringen; und mündlich wurde der Budgetkommission dazu weiter bemerkt, daß der Herr Minister selbst das Bedürfnis empfindet, entlastet zu werden namentlich in bezug auf die weniger bedeutenden Angelegenheiten der Unterrichtsverwaltung.

Die Budgetkommission hat fast einstimmig diese Position genehmigt und empfiehlt sie dem Hohen Hause zur Genehmigung. Es sind aber bei diesen Verhandlungen Wünsche zum Ausdruck gelangt, Wünsche, wie sie schon in Fachkreisen seit einer Reihe von Jahren in Wort und Schrift vertreten worden sind, und Wünsche, wie sie zuerst im Landtage der Jahre 1901 und 1902 auch in diesem Hohen Hause ihre Vertretung gefunden haben. Diese Wünsche gehen aus von Mängeln, die unserer gegenwärtigen Organisation nach der Meinung derjenigen, welche diese Wünsche zum Ausdruck gebracht haben, anhaften sollen. Wenn von solchen Mängeln in der Organisation die Rede ist, so werden davon nur die Verhältnisse der Mittel- und Volksschulen, nicht

aber diejenigen der Hochschulen getroffen. Bezüglich der Organisation in der Hochschulverwaltung sind solche Mängel in gar keiner Weise genannt worden.

Was die Mittelschulen und Volksschulen betrifft, so ist, wie gesagt, im Ministerium die in letzter Instanz entscheidende Behörde vorhanden auch in den zahlreichen Fachfragen. In diesen Fragen ist das Ministerium ja doch in der großen Hauptsache angewiesen auf die Anschauungen der Fachleute, welche nicht im Ministerium, sondern nur in dem Oberschulrat vorhanden sind. Es ist ja eine große Anzahl von solchen Fachfragen, welche gerade in der gegenwärtigen Zeit von großer Wichtigkeit und mehr und mehr hervorgetreten sind, und auch in der Zukunft noch hervortreten werden. Ich mache nur aufmerksam auf die gesamten Organisationsfragen bezüglich der Mittelschulen und der Volksschulen; ich mache weiter aufmerksam auf die Schulordnungen, die Prüfungsordnungen, die Lehrpläne usw. Wenn das Ministerium in solchen Fragen entscheiden soll und angewiesen ist auf die Meinung der Fachleute, so entsteht darüber zwischen dem Ministerium und dem Oberschulrat eine oft weitläufige Korrespondenz, Weilläufigkeiten und unerwünschte Verzögerungen der Geschäfte entstehen dadurch. Es ist ganz selbstverständlich, daß bei dieser Art von Geschäftserledigung die Meinung des Fachmannes bei der eigentlich entscheidenden Instanz nicht zu derjenigen entscheidenden Bedeutung gelangt, die ihr doch eigentlich zukommen muß. Der Fachmann hat nicht in der Weise, wie es erwünscht ist, das Ohr des Ministers selbst. Es ist ganz selbstverständlich, daß bei der gegenwärtigen Organisation die finanziellen Gesichtspunkte, die bei der Entscheidung solcher Fragen ja selbstredend auch eine erhebliche Bedeutung beanspruchen können, doch allzusehr in den Vordergrund treten.

Die Folgen dieser Mängel der Organisation sind ja schon genugsam jedermann erkennbar hervorgetreten, wenn die zum Teil recht erheblichen Mängel auf diesem Gebiete des Schulwesens beklagt werden, insbesondere auch diejenigen Mängel, welche nun durch einen gesetzgeberischen Vorschlag auf diesem Landtag einen Schritt vorwärts gebracht werden sollen. Sie sind ja doch auf diese Organisation unseres Schulwesens zurückzuführen. Es ist keine zufällige Erscheinung, daß so viele Fragen, die in den letzten Jahren zur Erledigung gebracht worden sind, mehr als vonseiten der Unterrichtsverwaltung selbst angeregt und betrieben worden sind durch die Fachmänner außerhalb dieser Behörden, in ihren Versammlungen, in ihrer Ständesvertretung, in ihrer Presse. Die Wünsche nach einer Aenderung der gegenwärtigen Organisation sind verschieden. Zunächst wird von einem Teil der Fachmänner — und diese Meinung ist auch hier schon zum Ausdruck gebracht worden — gewünscht, daß das gesamte Schulwesen, also Hochschulen, Mittelschulen, Volksschulen, und vielleicht auch noch die Künste und Wissenschaften, in einem Unterrichtsministerium vereinigt werden, damit eben alle diese Mängel, die der Teilung der Behörden in Ministerium und Oberschulrat zurzeit anhaften, beseitigt werden. Ich persönlich würde mir großen Gewinn davon versprechen, wenn man sich entschließen könnte, ein selbständiges Unterrichtsministerium zu schaffen. Der Minister selbst würde dann ganz und ungeteilt und mit vollem Interesse sich der Schulverwaltung zuwenden können.

Ich weiß wohl, daß Bedenken namentlich auch auf Seiten der Großh. Regierung gegen eine solche Organisationsänderung vorhanden sind. Aber diese Bedenken sind doch in der großen Hauptsache nur finanzieller Art. Es ist uns freilich auch gesagt worden, es gehe nicht an, einen großen Teil von verhältnismäßig weniger bedeutenden Geschäften in die Ministerialinstanz zu übertragen; es sei zweckmäßiger, diese Geschäfte in einer Mittelstelle unterzubringen. Aber ich werde näher darauf kommen,

in welcher Weise nach Aufhebung der Mittelstellen diese weniger bedeutenden Geschäfte anderweitig untergebracht werden können. Die Großh. Regierung ist zurzeit der Errichtung eines Unterrichtsministeriums völlig abgeneigt, und so müssen wir uns wohl oder übel mit einer anderen Frage beschäftigen, welche auch den Gegenstand von vielfachen Anregungen gebildet hat und zurzeit noch bildet, nämlich mit der Errichtung einer Unterrichtsabteilung mit größerer Selbständigkeit im Ministerium selbst, aber unter Aufhebung des Oberschulrats, wobei die Schulmänner im Ministerium selbst ihre Verwendung finden müßten.

Gewiß würde durch eine solche Aenderung der Organisation ein großer Teil der Mängel, die dem gegenwärtigen Systeme anhaften, beseitigt werden, namentlich deshalb, weil dann die Fachmänner im Ministerium selbst ihren Rat und ihre Stimme abgeben könnten. Die weniger bedeutenden Angelegenheiten, die zurzeit dem Oberschulrat anvertraut sind, könnten nach meiner Meinung sehr wohl durch eine Aenderung in der Kompetenz unserer Kreisräte erledigt werden. Es ist durchaus erwünscht, daß die Zahl unserer Kreisräte vermehrt wird, schon aus dem Grunde, weil eine häufigere und eingehendere Visitation der einzelnen Volksschulen durchaus am Plage ist. Es könnten die Kreisvisitatoren ausgebaut werden, sie könnten Bezirksvisitatoren werden, und dann könnten ihnen diese weniger bedeutenden Geschäfte anvertraut werden. Es gibt ein großes Gebiet von Geschäften, welche ohne jede Beeinträchtigung der Sache in dieser Weise zur Erledigung gebracht werden könnten. Es ist nicht einzusehen, warum sie heute im Oberschulrat zusammenlaufen müssen.

Die Budgetkommission, welche, wie gesagt, über diese Frage verhandelt hat, hat schließlich ihre Stellung dahin präzisirt, daß unter Aufhebung des Oberschulrats eine selbständige Abteilung im Unterrichtsministerium gebildet werden soll, in welcher dann die Fachmänner die ihrer Bedeutung entsprechende Verwendung finden sollen. Ich habe Ihnen namens der Budgetkommission die Resolution vorzuschlagen, welche Sie auf Seite 3 abgedruckt finden und welche dahin lautet:

Die Großh. Regierung ist zu ersuchen, bis zur Errichtung eines das Hoch-, Mittel- und Volksschulwesen, Künste und Wissenschaften umfassenden selbständigen Ministeriums eine Aenderung der bestehenden Organisation des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts dahin eintreten zu lassen, daß der Großh. Oberschulrat aufgehoben und die Verwaltung der Hoch-, Mittel- und Volksschulen, sowie der Künste und Wissenschaften einer neu zu bildenden Abteilung des genannten Ministeriums, in welcher das fachmännische Element die ihm nach seiner Bedeutung zukommende Vertretung findet, übertragen wird.

Wenn ich mich sodann zu den Hochschulen wende, so kann ich zunächst auch diesmal wieder meiner ungeteilten Freude darüber Ausdruck geben, daß die Hochschulverwaltung sich namentlich bei den Hochschulen selbst des ungeteilten Vertrauens erfreut, daß die Hochschulen des Landes, 3 an der Zahl, an Zahl eigentlich viel zu groß für unser Land, doch sich einmal eines großen Zulaufes vonseiten der Studierenden, aber dann auch eines großen Vertrauens in der Bevölkerung selbst erfreuen, und daß auch heute kein Mensch im badischen Lande daran denkt, unsere Hochschulen irgendwie zu beschneiden oder gar an Zahl zu verringern.

Das Budget der Hochschulen weist auch diesmal wieder ein Anwachsen der Anforderungen auf, wie ja ganz natürlich ist. Es wird im ordentlichen Etat ein Mehr gefordert von 94 700 Mark pro Jahr. Im außerordentlichen Etat sind es diesmal 130 800, oder, nach dem Antrage der Budgetkommission 140 800 Mark weniger

als vorigen Budget. Dieser Summe können wir den Betrag hinzurechnen, welcher in der Vorlage über die Bewilligung der Administrativkredite schon angegeben ist, und so kommen wir zu einem Mehr auch im außerordentlichen Budget gegenüber den Anforderungen im letzten Budget. Das Anwachsen des ordentlichen Etats beträgt 4,3 Proz. der bisherigen Sätze. Der Normalatz des Anwachsens des Gesamtbudgets soll nach einer früheren Regierungserklärung 3 Proz. sein. Es ist aber diesmal im Gesamtbudget ein Anwachsen um 6,1 Proz., und im gesamten Gebiet der Verwaltung des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts um 5,6 Proz. zu verzeichnen, und davon speziell für das Unterrichtswesen um 7,4 Proz. Sie erkennen daraus, daß unsere Hochschulen nicht in dem vollen Maße Anteil nehmen an der Steigerung des Aufwandes, wie das bezüglich der anderen Verwaltungszweige der Fall ist.

Es darf aber wohl die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die Finanzlage auch künftig wieder ermöglicht, die Hochschulen in ihren Bedürfnissen weitergehend zu berücksichtigen, als das diesmal möglich war.

Ich habe schon davon gesprochen, daß die Frequenz unserer Hochschulen eine erwünschte Steigerung aufweist. Nicht so ganz richtig ist das bezüglich der Technischen Hochschule in Karlsruhe, welche einen allerdings nur ganz mäßigen Rückgang zu verzeichnen hat. Dagegen ist die Zahl der Studierenden auf den beiden Universitäten in einem recht erheblichen Wachsen begriffen und namentlich ist hervorzuheben, daß die Universität Freiburg im vergangenen Wintersemester zum ersten Mal auch im Winter die Universität Heidelberg an Zahl der Studierenden überflügelt hat. Unter diesen Hörern befindet sich eine nicht unerhebliche Zahl von Ausländern. Wir haben im letzten Landtag darüber Erörterungen gehabt, ob in der Zulassung der Ausländer, namentlich bei den Instituten und Laboratorien, eine Beschränkung eintreten sollte. Die Meinung des Hauses ist die gewesen, daß eine solche Beschränkung nicht eintreten sollte. Die Meinung des Hauses war ferner, daß bezüglich der Honorare im allgemeinen die Ausländer nicht schlechter gestellt werden sollten als die Inländer, daß aber wohl zu rechtfertigen sei, wenn bezüglich der Benützung der Institute und Laboratorien die Ausländer zu solchen Honoraren herbeigezogen werden, welche wenigstens einigermaßen dem Mehraufwand der Staatsverwaltung entsprechen. Es sollen nach der Erklärung der Großh. Regierung zurzeit solche Verhandlungen mit den Hochschulen noch im Gange und noch nicht zum Abschluß gebracht worden sein.

Es befinden sich unter den Studierenden auch Studentinnen der Jurisprudenz, eine neuzeitliche Erscheinung. Man fragt unwillkürlich, wie wollen nach den zurzeit bestehenden Anschauungen in unserem Lande Studentinnen der Jurisprudenz das, was sie auf den Hochschulen gelernt haben, praktisch betätigen, wie wollen sie einen Broterwerb daraus ziehen? Sie können nach Abschluß ihrer Studien die Doktorprüfung machen und dadurch nach außen auch dokumentieren, daß sie mit glücklichem Erfolg die Studien zum Abschluß gebracht haben. Wenn sie dann aber hinaustreten in das Leben und das, was sie gelernt haben, auch betätigen wollen, so finden sie ja vielleicht in der Gegenwart schon da und dort in einzelnen Städten Verwendung — ich kann mir denken, daß auf dem sozialen Gebiete eine Verwendung für sie recht wohl vorhanden ist; sie können im Gebiet der Armenverwaltung, der Armenfürsorge Verwendung finden, sie können aber auch in den großen Städten bei der Rechtsauskunft für Frauen ihre Verwendung finden. Wenn nun aber diese Studentinnen der Meinung sind, daß das abgelegte Dokortorexamen doch nicht überall voll gewürdigt und anerkannt wird, und daher wünschen, eine

Staatsprüfung abzulegen, so entsteht die Frage, ob die deutschen Bundesstaaten sich dazu entschließen können, sie zu diesen Prüfungen zuzulassen. Ich weiß, daß diese Frage speziell in unserem badischen Lande auch jetzt gerade aufgeworfen worden ist. Wir haben ja im Staatsdienst für weibliche Rechtsbefähigte zurzeit keine Verwendung, und die Zeit scheint mir auch noch nicht all zu nahe zu sein, wo das eintreten wird. Aber wenn diese Studentinnen nur den Wunsch haben, jedermann gegenüber zu dokumentieren, daß sie mit demselben Erfolg wie die später im Staatsdienst verwendeten Juristen ihre Studien erlernt haben, wenn sie lediglich zu diesem Zwecke zu der Staatsprüfung zugelassen werden wollen, ohne einen Anspruch auf Ernennung zu Rechtspraktikanten und zu Referendaren zu erheben, ohne einen Anspruch darauf zu erheben, später als Rechtsanwälte zugelassen oder in den Staatsdienst aufgenommen zu werden, so dürfte einem solchen Anspruch meines Erachtens durchaus nichts im Wege stehen. Ich weiß, daß seit neuester Zeit zu unserem badischen Rechtspraktikantenzamen auch solche zugelassen werden, die nicht badische Staatsangehörige sind, die also auch Ansprüche auf Berücksichtigung im Staatsdienste nicht erheben, die lediglich zugelassen werden wollen, um in einem anderen Bundesstaat dann als geprüfte Juristen auftreten zu können. Ganz in der gleichen Weise könnten meines Erachtens auch die weiblichen Studierenden bei unseren Staatsprüfungen berücksichtigt werden.

Im Fortgang meines gedruckten Berichtes komme ich dann auf die Wärter und Wärterinnen bei den Irrenkliniken. Es ist aus dem Budget ersichtlich, daß in diesem Personalstand ein allzu rascher Wechsel stattfindet. Es kann dieser Zustand kein erwünschter sein. Es ist selbstverständlich, daß doch eine gewisse Ausbildung des Personals nötig ist, wenn es den schweren Pflichten seines Amtes vollkommen entsprechen soll. Es ist weiter klar, daß eine solche Ausbildung insbesondere bei den Wärtern und Wärterinnen der Kliniken notwendig ist, weil gerade dahin die frischen Fälle kommen, die viel schwerer zu behandeln sind, als diejenigen, welche in den Heil- und Pflegeanstalten vorkommen. Dieser rasche Wechsel ist als ein unerwünschter zu bezeichnen. Man fragt sich, worauf beruht dieser Wechsel? Ich bin mir über die Gründe des Wechsels noch nicht vollkommen klar geworden. Ein Teil der Ursachen liegt ja gewiß darin, daß der Dienst ein überaus aufreibender, anstrengender ist, sodas Personen, die in eine solche Stelle hineingekommen sind, zum großen Teil sehr bald davon genug haben.

Es besteht über diese Frage, ob es überhaupt erwünscht ist, daß Wärter und Wärterinnen lange Zeit sich diesem Dienst widmen, in den Anschauungen zwischen den Laien und zwischen den Fachmännern ein recht erheblicher Unterschied. Der Laie ist ohne weiteres der Meinung, daß derjenige der beste Wärter sein wird, der lange im Dienst ist, der durch eine lange, womöglich eine langjährige Praxis sich in die Schwierigkeiten dieses Dienstes eingelebt hat. Die Fachmänner sind anderer Meinung. Sie sagen, insbesondere bei den Kliniken, wo die schwierigen und frischen Fälle vorhanden sind, sind von den Wärtern und Wärterinnen eine größere Zahl schon nach ganz kurzer Zeit abgebraucht und stumpf geworden, so daß sie nicht mehr in der Lage sind, dem Amt vollkommen gerecht zu werden. Daraus schöpfen die Fachleute den Wunsch, daß das Personal nicht allzulange in diesen Stellen behalten wird. Sie halten einen nicht allzurassen Wechsel für erwünscht, und daraus erklärt sich denn auch, was bezüglich der Anstellungsverhältnisse der Wärter und Wärterinnen von Seiten der Fachmänner und auch von Seiten der Großh. Regierung als das richtige bezeichnet wird.

Es wird nicht gewünscht, daß eine größere Zahl von diesem Personal etatismäßig, also dauernd angestellt wird. Es wird nicht einmal als erwünscht bezeichnet, daß eine größere Zahl in nichtetatismäßigen Stellen auf eine längere Reihe von Jahren zur Anstellung kommt, man findet es vielmehr durchaus zweckmäßig, daß nur eine vertragsmäßige Anstellung stattfindet mit kurzen Kündigungsfristen, wobei die Entlassung erfolgen kann, wenn die Wärter nicht geeignet erscheinen, wobei auch die Wärter selbst das Recht haben, wenn ihnen der Dienst nicht mehr behagt, mit ganz kurzer Kündigungsfrist aus demselben auszuschcheiden. Wir müssen uns hier den Anschauungen der Fachleute fügen und ich kann nicht unternehmen, hier einen anderen Antrag zu stellen. Ich glaube, daß die Regelung, wie sie von der Großh. Regierung in der Budgetkommission mitgeteilt worden ist — eine Erklärung, die Sie im Bericht finden — ohne Beanstandung von Seiten des Hauses passieren sollte.

Bezüglich der Oberwärter und Oberwärterinnen ist gestern, soweit sie an den Heilanstalten angestellt sind, eine Erörterung darüber gepflogen worden, daß sie im Gehaltstarif eine bessere Stelle finden sollen. Ich glaube: das, was für die Oberwärter und Oberwärterinnen an den Heil- und Pflegeanstalten gilt, gilt ebensowohl — ich kann wohl sagen: mindestens auch — für das Personal, welches bei den Kliniken seine Verwendung findet. Ich will nur auf das verweisen, was gestern gesagt worden ist, und mich nicht tiefer in die Materie einlassen. Ich kann nicht einsehen, warum insbesondere die Oberwärterinnen im Gehaltstarif eine so tiefe Stelle einnehmen, warum sie nach K. 12 eingeteilt sind, während Angehörige des weiblichen Personals anderer Anstalten und Institute, die eine ganz ähnliche Stellung, und vielleicht sogar eine minder wichtige, minder schwierige und minder gefahrvolle Stellung bekleiden, im Gehaltstarif eine höhere Stelle einnehmen: ich erinnere insbesondere an die Weißzeugbeschließerinnen, an die Kassiererinnen bei unseren Badeanstalten usw., die, so viel ich weiß, nach K. 5 eingeteilt sind. Ich glaube, bei der Regulierung des Gehaltstarifs wird diese Anregung wohl seitens der Großh. Regierung berücksichtigt werden.

Die Oberwärterinnen bei solchen Anstalten bekleiden eine sehr wichtige Stelle und sie können ihrem Amte am besten dann gerecht werden, wenn sie aus den gebildeten Ständen genommen werden: Eine gebildete Frau wird als Aufseherin über ein großes, und (wie wir gesehen haben) rasch wechselndes Personal viel besser ihre Stelle ausfüllen als eine andere Frau; eine gebildete Frau wird aber auch ihre Stellung dem Arzt und dem Kranken gegenüber viel eher auszufüllen in der Lage sein, als das bei einer andern Frau der Fall ist. Und wenn wir nun den Wunsch haben, und es berechtigt finden, daß Frauen aus den gebildeten Ständen in solche Stellen hineingebracht werden — ich denke hier insbesondere an die Möglichkeit, Töchter unserer Beamten versorgen zu können — dann müssen wir doch auch dafür sorgen, daß die äußere Ausstattung derartiger Stellen so ist, daß sie für gebildete Frauen paßt.

Es war auf dem letzten und vorletzten Landtag ferner die Rede von der Einrichtung einer stationären laryngologischen Klinik in Heidelberg. Der Wunsch, der damals ausgesprochen worden ist, ist noch nicht erfüllt, aber nach den Erklärungen der Großh. Regierung ist er der Erfüllung nahe gerückt. Es sind zurzeit Erwägungen im Gange, in einem ausfindig gemachten, geeigneten Gebäude, nahe beim akademischen Krankenhaus in Heidelberg diese Klinik unterzubringen; und wenn von Seiten der Krankenhausverwaltung erklärt werden kann, daß die Versorgung der neuen Klinik vom akademischen Krankenhaus aus geschehen kann, dann wird wohl jeder weitere Widerstand zu überwinden sein, und wir

werden in Bälde zur Erfüllung dieses Wunsches gelangen. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß dem auch wirklich so sei.

Bezüglich des Neubaus der Universitätsbibliothek in Heidelberg finden Sie auf Seite 25 des gedruckten Berichtes eine Erklärung der Großh. Regierung. Es ergibt sich aus der betreffenden Stelle, daß Ueber-schreitungen der Voranschläge vorgekommen sind: Bezüglich des Baues zwar nur eine ganz unerhebliche, eine erhebliche Ueberschreitung dagegen bezüglich der innern Einrichtung; es ist in der Regierungserklärung darauf verwiesen, daß die eingehende Rechtfertigung dieser Ueberschreitung zu geben sein wird, wenn die vergleichende Darstellung der Budgetsätze und Rechnungsergebnisse für die Jahre 1904 und 1905 ausgegeben wird. Es wird dort die richtige Stelle sein, darüber in eine Erörterung einzutreten; ich will das also für heute unterlassen.

Besonders erfreulich an den Erklärungen der Großh. Regierung in diesem Budget ist ja das, was das neue Krebs-Institut in Heidelberg betrifft. Es ist der Hochherzigkeit mehrerer Personen, der Bedeutung des Direktors der Chirurgischen Klinik in Heidelberg, des Geh. Rats Czerny, insbesondere seinen Verdiensten auf dem Gebiete der Krebsforschung, zu verdanken, daß der Universität reiche Mittel — im ganzen 680 000 M. — im Wege einer Schenkung für den Bau und die Einrichtung dieses Krebsinstituts zur Verfügung gestellt worden sind. Die Schenkungen sind an die Bedingung geknüpft, daß dieses Institut 50 Jahre lang aus staatlichen Mitteln den jeweiligen Anforderungen der Wissenschaft entsprechend erhalten und insbesondere in der Ausstattung mit Apparaten und Instrumenten auf der Höhe der jeweiligen wissenschaftlichen Anforderungen gehalten werde. Das Institut soll bestehen aus einer Krankenabteilung und aus einem wissenschaftlichen Laboratorium. Die Mittel zum Bau und zur Einrichtung sind durch die Schenkungen zur Verfügung gestellt; den Betrieb aber soll der Staat übernehmen — wo die Ausgaben nicht aus den eigenen Betriebseinnahmen bestritten werden können, soll der Staat mit seinen Mitteln helfend eingreifen.

Was den Bau betrifft, so hat der Staat bereits den Bauplatz für die Errichtung der Krankenabteilung gegeben; der Bauplatz für das wissenschaftliche Laboratorium, im Werte von 92 000 Mark ist bei den Schenkungen mit inbegriffen. Die Verwaltung des neuen Instituts soll durch die Universität übernommen werden; die Oberaufsicht über diese Verwaltung steht selbstverständlich dem Ministerium zu. Nach den vorhandenen Voranschlägen soll der Bau des Krankenhauses auf 305 200 Mark, der Bau des Laboratoriums auf 170 000 Mark kommen; für die innere Einrichtung sind 100 000 Mark vorgesehen — so daß als Reserve ein Rest von 105 000 Mark übrig bleibt. Sie finden im Budget für den Betriebsaufwand dieses neuen Instituts unter den Uebersen für das neue Laboratorium einen Betrag von 15 000 Mark; die Großh. Regierung hat erklärt, daß dieser Betrag voraussichtlich zum Betriebe des wissenschaftlichen Laboratoriums ausreichen werde. Bezüglich des Krankenhauses ist im Budget ein Betrag überhaupt nicht ausgeworfen, weil nach den Voranschlagsberechnungen angenommen werden kann, daß die eigenen Einnahmen des Krankenhauses ausreichen werden, um den Aufwand zu decken. Es ist beabsichtigt, daß insbesondere durch die Beiträge, welche die Kranken der ersten und zweiten Kostabteilung bezahlen sollen, auch das gedeckt werden kann, was bei den Beiträgen der Kranken der dritten Kostklasse etwa zur Be-streitung des auf den Kopf entfallenden Aufwandes nicht ausreichen sollte.

Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß es sehr leicht dazu kommen kann, daß diese Annahmen in der Zukunft nicht zutreffen, daß der Betriebsaufwand mit

diesen Einnahmen nicht gedeckt werden kann, und daß der Staat mit der Annahme dieser Schenkung die Verpflichtung übernimmt, eben da, wo es in Zukunft fehlt, mit seiner stärkeren Hand einzutreten. Das möchte ich hervorheben, damit hierüber vollkommene Klarheit herrscht. Aber wie dem auch sei: selbst wenn später der Staat noch mit größeren Mitteln eingreifen müßte, so glaube ich, dürfen wir nicht bedenklich sein; denn es ist hier der Anlaß gegeben, ein sehr wertvolles, bedeutendes Institut nach unserer badischen Universität Heidelberg zu bekommen, und es darf — insbesondere bei der Person des Leiters dieses Instituts, des Geh. Rat Dr. Czerny und bei seiner Bedeutung speziell auf diesem wissenschaftlichen Gebiet — an die Einrichtung dieses Instituts die Hoffnung geknüpft werden, daß, sofern das nur irgend möglich ist, für die leidende Menschheit Abhilfe geschaffen wird auf dem Gebiete eines so schweren Leidens, welches in den letzten Jahren immer mehr und mehr überhand genommen hat, und für die Menschheit zu einer bedingenden Gefahr geworden ist.

Es wird auch durchaus die Meinung des Hohen Hauses sein, wenn ich den hochherzigen Spendern hier den Dank der badischen Volksvertretung ausdrücke.

Bezüglich Freiburgs ist hervorzuheben, daß zwei neue ordentliche Professuren für Mineralogie und für Geographie eingerichtet werden sollen. Speziell eine solche für Geographie entspricht einem mehrfach vom Hohen Hause und der Budgetkommission ausgedrückten Wunsche. Ich kann nur meiner Freude Ausdruck geben, daß diesem Wunsche jetzt entsprochen werden konnte.

Bezüglich der Frauenklinik in Freiburg befindet sich eine Anforderung im Budget selbst nicht. Wir haben aber in dem Verzeichnis der Administrativkredite die recht bedeutende Summe von, ich meine, 109 000 M. eingestellt gesehen für eine große Erneuerungsarbeit, die anlässlich des Wechsels in der Person des Leiters dieses Instituts zu leisten war. Ich weiß nicht, ob die Großh. Regierung eine vollkommen beruhigende Erklärung darüber abgeben kann, ob es bei den im Wege des Administrativkredites flüssig gemachten Summen sein Verbleiben behält. Es muß aber doch von Seiten der Volksvertretung der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß, wenn von Seiten des Instituts noch weitere Anforderungen gestellt werden sollten, ein Halt geboten wird, mindestens insoweit, bis die badische Volksvertretung Gelegenheit hat, ihre Zustimmung dazu zu geben, und daß nicht aus neuer wieder der Weg des Administrativkredits beschritten wird.

Das Kollegienhaus in Freiburg sollte nach den Erklärungen, die früher abgegeben werden konnten, schon in Angriff genommen sein. Das Gebäude, an dessen Stelle das neue Kollegium gestellt werden soll, ist seit September 1905 geräumt. Eine erste Rate für den Neubau ist in dem Budget für die Jahre 1904/05 eingestellt und vom Hohen Hause bewilligt worden. Die Budgetkommission hat sich dafür interessiert, warum bis jetzt noch keine Abräumungsarbeiten auf diesem Bauplatz in Angriff genommen worden sind. Wir haben von Seiten der Großh. Regierung die Erklärung erhalten, daß das nicht möglich war, weil der Architekt, der die Bauleitung übernommen hat, mit andern Arbeiten zu sehr in Anspruch genommen sei. Die Sache scheint mir aber jetzt durch ein beklagenswertes Verhängnis in ein anderes, recht unliebsames Stadium getreten zu sein, da der betreffende Architekt schwer krank geworden ist, und weil wir damit rechnen müssen, daß er in der nächsten Zeit nicht in der Lage sein wird, mit dem Bau wirklich zu beginnen. Ich glaube aber nicht, daß durch diese rein persönlichen Verhältnisse diese nicht nur für die Stadt Freiburg, sondern für das ganze Land sehr wichtige Angelegenheit ins Stocken geraten dürfte, und bin vielmehr der Meinung, es sollte von Seiten der Großh. Regierung irgend ein Weg gefunden werden, um

wenigstens zunächst mit den Abräumungsarbeiten, dann aber auch mit den Bauarbeiten in nächster Wälde zu beginnen.

Wenn ich bei Freiburg bin, so möchte ich eine Gelegenheit zur Sprache bringen, die im Jahre 1900 schon einmal kurz hier behandelt worden ist, nämlich die Verlegung der psychiatrischen Klinik. Es ist damals von meinem Vorgänger in dieser Berichterstattung, dem früheren Herrn Abg. Fieser, angeregt worden, ob nicht die Preisverhältnisse es rechtfertigen, das ganze Areal, das von der psychiatrischen Klinik in Anspruch genommen wird, loszuschlagen und die Klinik zu verlegen. Es ist dazu von Seiten des damaligen Herrn Staatsministers erklärt worden, wenn die Preisverhältnisse so liegen, daß der Neubau einschließlich des Platzes mit denjenigen Mitteln bestritten werden kann, welche erlößt werden durch die Veräußerung der gegenwärtigen Klinik mit ihrem gesamten Areal, dann sei er durchaus der Meinung, daß die Verlegung stattfinden soll. Er hat weiter erklärt, daß damals, als die Klinik erbaut worden sei, nicht vorausgesetzt gewesen sei, daß die bauliche Entwicklung Freiburgs so weit und so rasch fortschreite, daß die Klinik für die Umgebung eine wirkliche Störung im Gefolge haben würde. Die Verhältnisse sind seit dem Jahre 1900 weiter gegangen: die baulichen Verhältnisse haben sich dort weiterentwickelt, die Preisverhältnisse haben sich erheblich günstiger gestaltet, und ich glaube, daß der Zeitpunkt jetzt nahe herbeigekommen ist, wo man zur Ausführung des besprochenen Projekts der Verlegung der Klinik übergehen kann. Es würde für den Bauplatz ca. 1¼ Million erlößt. Es wäre aber nicht notwendig, den Hauptbau abzureißen, dieser könnte sehr leicht Verwendung finden, z. B. als Schulhaus für die Stadt, er würde sich dazu gut eignen, so daß der Gesamtpreis noch erheblich größer würde; um die zu erlösende Summe würde sich der Neubau an einer geeigneteren Stelle errichten lassen.

Dann noch ein weiteres Wort zu dem von der Budgetkommission vorgeschlagenen Abstrich der Position 7 des außerordentlichen Etats. Es handelt sich dort um einen Betrag von 6000 M. zu Zwecken der Förderung des Studiums der evangelischen Theologie an der Universität Heidelberg durch Stipendien. Der Vorschlag beruht auf einer Anregung, die in der Budgetkommission gegeben worden ist, lediglich in Konsequenz der Abstriche, die gemacht werden sollen bez. des Priesterseminars in St. Peter und des theologischen Konvikts in Freiburg. Wir werden beim Kultusbudget noch Näheres hören.

Ich bitte zum Schluß, daß das Hohe Haus dem Antrag der Budgetkommission, welcher auf Seite 27 des Berichts abgedruckt ist, die Zustimmung erteilen möge.

Zu der nunmehr eröffneten allgemeinen Beratung spricht zunächst

Abg. Fehrenbach (Zentr.): Der neuen Budgetforderung nach einem neuen Ministerialdirektor im Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts als Vorsitzenden für die Unterrichtsabteilung werden wir zustimmen. Wir sind der Überzeugung, daß die Geschäftslast in diesem Ministerium diese Anforderung rechtfertigt, aber auch, daß es zweckmäßig ist, einen eigenen Vorstand dieser Abteilung im Ministerium zu haben.

Anders verhält es sich mit den Anregungen, die gegeben worden sind, und welche auch die Mehrheit in der Budgetkommission gefunden haben, in bezug auf ein eigenes Unterrichtsministerium. Hier haben wir in erster Linie finanzielle Bedenken. Wir sind der Meinung, daß unser Staat nicht so groß ist, um für diese verschiedenen wichtigen Gegenstände eigene Ministerien zu bilden. Wir sind auch der Ansicht, daß in der bisherigen Organisation eine wesentliche Beeinträchtigung der Unterrichtsangelegenheiten doch nicht erblickt werden könnte.

Andere Staaten in ähnlicher Lage, in ähnlicher Größe, wie der unferige, haben auch verschiedene Zweige der Staatsverwaltung verbunden. Speziell Elsaß-Lothringen hat ein Staatssekretariat für Justiz und Unterricht. Wenn es bei anderen Staaten geht, muß es auch bei uns in unseren kleinen Verhältnissen möglich sein, und es ist auch bisher ganz gut gegangen. Ich bin der Meinung, daß die kleinen Staaten in ihrem eigenen Interesse alle Veranlassung haben, mit ihrem Verwaltungsaufwand allmählich etwas zurückhaltender zu werden. Wenn man unsere finanzielle Situation speziell im Lande Baden genauer in Augenschein nimmt, wenn man die Verbesserungen verfolgt, die auf diesem Gebiete erstrebt werden, wenn man den Verhandlungen der Vermögenssteuerkommission ein bißchen näher nachgeht, dann sieht man, daß wir wirklich in finanziellen Schwierigkeiten stecken, die zu beheben für die nächsten Jahre fast keine Möglichkeit ist, deren Fortexistenz aber für unser öffentliches Staatsleben eine außerordentlich ungünstige ist und einen hemmenden Einfluß ausübt. Ich will mich darüber nicht des weiteren auslassen, es wird ja bei späteren Gelegenheiten dazu der günstige Anlaß sein; aber in dem Zusammenhang wollte ich das wenigstens betonen, daß wir in der Ausgestaltung unserer öffentlichen Ämter, in dem ganzen Verwaltungsaufwand uns einer tüchtigsten Sparsamkeit befleißigen sollten.

Das ist der eine Gesichtspunkt; und zum anderen sage ich: das Interesse der Schule hat unter der bisherigen Organisation nicht wesentlich gelitten. In bezug auf die Hochschulen wird darin das ganze Haus mit mir der gleichen Meinung sein, die Entwicklung unserer *Hochschulen* war unter dieser Verbindung von Justiz- und Unterrichtsministerium eine außerordentlich gute. Auch bezüglich der *Mittelschulen* wird man wesentliche Beanstandungen nicht erheben können. Sie haben einen erfreulichen Fortgang genommen. In der Ausgestaltung der verschiedenen Schularten sind wir in keiner Weise zurückgeblieben. An den Kämpfen der Meinungen, wie sie sich auf den Mittelschulgebieten jetzt gerade unter den Dachmännern geltend machen, wäre auch nichts geändert worden, wenn wir ein spezielles Unterrichtsministerium gehabt hätten. Etwas rückständig sind wir geblieben, das wird ja auch allseitig anerkannt, in bezug auf das *Volksschulwesen* (Sehr richtig!). Ich glaube aber nicht, daß man hier dieser Verbindung des Unterrichtsministeriums mit dem Justizministerium die Schuld in die Schuhe schieben kann; ich befürchte, daß die Zustände dieselben wären, wenn wir ein eigenes Unterrichtsministerium gehabt hätten.

Ich verweise die Herren auf die Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses. Dort ist ein eigenes Ministerium für die Kult., Unterrichts- u. Medizinalangelegenheiten, und gleichwohl hat auch im preußischen Abgeordnetenhause der dortige Unterrichtsminister Studt erklären müssen, daß auch in Preußen die Verhältnisse der Volksschulen in der nötigen Förderung zurückgeblieben seien. Es ist also ein gleichartiger Prozeß, der sich dort wie bei uns zeigt, und es scheint demnach, daß die Verbindung der Unterrichtsabteilung mit dem Justizministerium daran keine Schuld trägt. Wenn man die Personenfragen recht löst, so kann auch in dieser Verbindung nach unserer Auffassung alles Wünschenswerte für die Schule geschehen. Wir hätten, wenn wir ein eigenes Unterrichtsministerium haben würden, dann auch noch ein selbständiges Justizministerium, und das ist doch anerkannt, daß für jedes dieser auseinandergerissenen Ministerien ein genügendes Arbeitsgebiet nicht vorhanden wäre. Jedenfalls dürfen wir mit der Tatsache rechnen, daß auch bei der Verbindung es möglich ist, auf diesem Gebiete zum Segen derselben beide zu verwalten.

Eine andere Frage ist ja die, ob die jetzige Organisation mit einer besonderen Mittelstelle, *einem Oberschul-*

*rät* beibehalten werden soll, oder ob es nicht zweckmäßig wäre, diese Mittelstelle als eine selbständige Unterrichtsabteilung in das Ministerium der Justiz, des Kultus und des Unterrichts einzugliedern. Hier werden namentlich technische Fragen bestimmend sein. Auf das eine möchte ich aber aufmerksam machen: bei der Beseitigung des Oberschulrates und bei dem Aufgehen dieser Mittelstelle im Ministerium wird es dann wohl sein Bewenden nicht haben. Wir haben noch eine ganze Anzahl von Zentralstellen im Finanzministerium, so für Domänen, für Zölle, für Steuern. Konsequenz wäre es nach meiner Auffassung, daß dann auch jene Mittelstellen zu beseitigen wären und im Ministerium der Finanzen aufzugehen hätten. Ich glaube jedenfalls, wenn jene Stellen in ihrem engeren Wirkungsbereich zweckmäßig sind, dann kann man das auch vom Oberschulrat sagen. Das ist ja zweifellos richtig, daß eine ganze Reihe kleinerer Aufgaben zu bewältigen ist, die direkt dem Ministerium zu unterstellen in einem umgekehrten Verhältnis zu ihrer Wichtigkeit stehen würde.

Das fühlt ja der Herr Berichterstatter offenbar auch, und er denkt deshalb dem Uebelstande zu begegnen durch eine Erweiterung der Kompetenz der *Kreis- und Schulräte*. Ich kann mir nicht vorstellen, wie das ginge. Eine Hauptarbeitslast, und zwar eine Arbeitslast, die von verhältnismäßig geringer Bedeutung, aber von großem Umfang ist, wird die Besetzung speziell mit unständigen Lehrern sein. Ja, da können die Kreis- und Schulräte absolut nichts anfangen, das kann nur eine Stelle sein, die die Verhältnisse des ganzen Landes überblickt. Mit den Prüfungen, mit den Verhältnissen der einzelnen Schulen, womit sich speziell die Kreis- und Schulräte zu befassen haben, haben die Oberschulräte verhältnismäßig wenig zu tun.

Man kann gewiß Gründe geltend machen zugunsten einer eigenen Abteilung im Justizministerium für das Unterrichtsweien; man kann aber sehr wohl auch gegen- teilige Gründe geltend machen, die ich zum Teil hier angeführt habe. Wenn ich die Tatsache mir vor Augen halte, daß auch in anderen Ländern von unserer Größe in den Angelegenheiten der Mittel- und Volksschulen eine ähnliche Organisation besteht, wie bei uns in unserem Oberschulrat, so sage ich mir, das wird auch nicht von ungefähr kommen, auch dort werden sie dafür gute Gründe gehabt haben.

Das wäre zu sagen in bezug auf die allgemeine Organisation, und ich könnte damit auf die *Universitäten* übergehen, mit denen wir uns jetzt speziell beschäftigen. Es würde auffallen, wenn ich nicht wenigstens ein kurzes Wort sagen würde über die Sache, die im vorigen Landtag einen breiten Rahmen der Erörterung eingenommen hat: das sind die *konfessionellen Studentenkorporationen*. Ich gedenke, darauf nicht des näheren einzugehen. In der Stellungnahme der einzelnen und der Parteien zu den Korporationen als solchen ist eine Aenderung der Anschauung jedenfalls im Verlaufe der zwei Jahre nicht eingetreten. Irgend eine Belehrung, irgend eine Sinnesänderung ist da auch nicht zu erwarten, ist auch nicht nötig. Der Prozeß der Hochschulbewegung hat seinen Verlauf genommen, ab und zu mit etwas größerem Lärm, als wie gerade notwendig war, auch mit einer Begründung, die nicht immer als zutreffend erachtet werden konnte. Ich glaube aber, hier in aller Kürze nur sagen zu können: man kann im allgemeinen mit der Haltung der Universitätsbehörden diesem Streit gegenüber sich einverstanden erklären. Es ist kein Zwang ausgeübt worden von Seiten der Universitätsbehörden gegenüber den Studenten, und die akademische Freiheit ist nach meiner Auffassung in keiner Weise beeinträchtigt worden. Wenn die jungen Leute in ihren verschiedenen Korporationen es für gut finden, nicht in einer Gesamtorganisation zusammenzubleiben, so soll man sie nicht zwingen,

darin zu bleiben; aber es sollte dann eben auch nicht versucht werden, den Eindruck zu erwecken, als wäre eine einseitige Vertretung die der gesamten Studentenschaft. In die Besuchsrechte der konfessionellen Korporationen hat man bei uns nirgends eingegriffen, und so kann man nach meiner Auffassung ruhig den Prozeß seinen Verlauf nehmen lassen. Ich kann natürlich nach meiner Auffassung der Dinge nur meine besondere Befriedigung darüber aussprechen, daß die Studentenschaft der Universität Heidelberg sich von einem Vorurteil in diesen Dingen, wie ich es auffasse, nicht hat hinreiß lassen, sondern daß dort die Geschlossenheit der Studentenkorporationen einen Schaden nicht genommen hat.

Ich konstatiere dieses objektive, ruhige Urteil der Heidelberger Studentenschaft umso lieber, als ein Dozent der Heidelberger Universität beim Abgang vom Prorektorat nun gerade eine ebenso ruhige, objektiv sachliche Auffassung durch eine Rede nicht zu erkennen gegeben hat. Die Auslassung des betreffenden Prorektors ist sehr provozierend und könnte allerdings eine Veranlassung geben, ein scharfes Wort dafür zu finden. Ich werde das unterlassen. Solche Äußerungen richten sich von selbst. Da wurde von der geistigen Freiheit gesprochen — ich weiß nicht, was der Herr sich darunter vorstellt; und wenn die Gelegenheit benützt wird, um politische Betrachtungen anzuknüpfen gegenüber den Studenten, von denen man auf der anderen Seite gerade die Politiferngehalten wissen will, so ist das eine Auffassungsweise eines Prorektors, die, besonders in ihrer verletzenden Form, sehr bedenklich ist. Ich begnüge mich damit, in dieser Form, die gewiß als eine sehr zurückhaltende anerkannt werden muß, die betreffende Auslassung des Heidelberger Professors zurückzuweisen.

Der Herr Berichterstatter hat sodann von den ausländischen Studierenden gesprochen. Es ist natürlich, daß die Kammer — ich nehme das wenigstens an — den gleichen Standpunkt beibehalten wird, den sie schon auf dem letzten Landtag zu ihrem eigenen gemacht, und den der Herr Berichterstatter wiedergegeben hat. Darauf werden wir halten dürfen, daß wir von den ausländischen Studierenden, die die großen Vorteile unserer Hochschulbildung bei uns genießen wollen, einmal verlangen mindestens eine ebenso gute Vorbildung, wie wir sie von unseren Studenten verlangen; denn das nicht zu verlangen, würde eine derartige Begünstigung der ausländischen Studierenden bedeuten, daß sie für uns nicht zu rechtfertigen wäre. Und zum zweiten dürfen wir zweifellos auch verlangen eine besondere Honorierung für die Benützung unserer Laboratorien, unserer wissenschaftlichen Institute in dem Umfang, wie es der Herr Berichterstatter ausgedrückt hat. Man kann gewiß die Bedeutung der Wissenschaft als eine durchaus internationale sehr hoch einschätzen. Aber man braucht doch nicht in den Wolken zu fliegen. Man braucht darüber nicht die Interessen der eigenen Nation und unserer eigenen gebildeten Stände einfach beiseite zu setzen, und da haben wir nach Erfahrungen, die wir gerade in den letzten Jahren gemacht haben, gewiß allen Anlaß, an uns selbst und an das gedeihliche Fortkommen unserer eigenen Söhne zu denken.

Ich komme dann auf die Universität Heidelberg, und hier beziehe ich mich, den anerkennenden Worten, welche der Herr Berichterstatter gefunden hat für die großen Wohltäter des sogenannten Krebsinstituts in Heidelberg, mich anzuschließen. Wir haben hier ein Beispiel, das uns in den letzten Jahren gerade im Universitätswesen nur Amerika gegeben hat. Das haben wir nun jetzt glücklich auch zugunsten unserer Heidelberger Universität von einer Anzahl edler Wohltäter nachgeahmt gefunden. Bei dieser schweren Krankheit mit ihren schrecklichen Folgen, mit ihrem sich immer mehrenden Umfang, kann es nur außerordentlich begrüßt werden.

wenn hier Mittel zur Verfügung gestellt worden sind, um den Ursachen der Krankheit nachzuforschen und so zu einer Wohltat für die leidende Menschheit zu werden. Die Mittel sind auch so reichlich zur Verfügung gestellt worden, daß die Belastung des Staates als eine erhebliche wohl nicht wird angesehen werden können. Aber der Meinung möchte ich jedenfalls zustimmen: gegenüber diesen außerordentlich reichlichen Mitteln, gegenüber dem großen Ziel, das dadurch verfolgt wird, werden wir unbedenklich auch noch aus eigenen Staatsmitteln das etwa Fehlende in der Zukunft auflegen können.

Es ist auch von dem Herrn Berichterstatter abermals, wie schon in den zwei letzten Landtagen, von der stationären laryngologischen Klinik in Heidelberg die Rede gewesen. Der Herr Berichterstatter hat der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß nach den letzten Regierungserklärungen diese Angelegenheit bald in ein besseres Stadium eintreten möge. Ich muß gestehen, ich habe diese Hoffnung allmählich nicht mehr. Ich befürchte, daß wir im nächsten Landtag ungefähr wieder den gleichen Erklärungen gegenüberstehen werden, wie heute. Es müßte denn sein, daß noch heute endlich eine bestimmte und bessere Erklärung vonseiten der Regierungsbank abgegeben wird. Sonst würde ich denken, wenn die Behandlung des Budgets vorüber ist, dann bleibt es in Heidelberg wieder beim alten (Steuerkeit). Was in dem gedruckten Bericht als Anschauung der Regierung und der medizinischen Fakultät in Heidelberg wiedergegeben ist, das läßt sich doch nicht aufrecht erhalten. Es heißt da: „Die Ansicht der medizinischen Fakultät und des Ministeriums, daß die Errichtung einer stationären laryngologischen Klinik nicht zu den dringenden Bedürfnissen der Universität Heidelberg gehört, hat sich nicht geändert.“ Aber wie kann man bei der Verzweigung, die alle Gebiete der Wissenschaft allmählich annehmen, bei der Tatsache, daß gerade die Laryngologie ein Gegenstand ausgiebigster wissenschaftlicher Forschung und ärztlicher Behandlung geworden ist, diesen Satz niederschreiben? Wenn die Station für Freiburg notwendig geworden ist, wenn sie dort eine so segensreiche Tätigkeit entfaltet, dann soll sie für Heidelberg nicht notwendig sein? Das ist wirklich einmal eine differenzielle Behandlung zu Ungunsten Heidelbergs, die wir sonst nicht gewohnt sind (Steuerkeit).

Wenn ich recht unterrichtet bin, ist der Besuch der ambulanten laryngologischen Station in Heidelberg auch ein derartiger, daß von einem dringenden Bedürfnis unbedingt gesprochen werden muß. Ich möchte auf eines aufmerksam machen: die Frequenz der klinischen Semester in Heidelberg hat in den letzten Jahren zweifellos nachgelassen. Es ist eine Universität nicht sehr weit von Heidelberg entfernt, die den Heidelbergern eigentlich zum warnenden Exempel dienen könnte, eine Universität, die früher von den Medizinern massenweise besucht war, und die jetzt sehr zurückgegangen ist. Man kann auch auf diesen Gebieten in der Teilung des Unterrichts, in der sorgfältigen Ausbauung der notwendigen Institute das rechte Stündchen verpassen, und dann geschieht es zum größten Nachteil der betreffenden Anstalt. Man darf in diesen Sachen nicht immer und ausschließlich nur auf die einzelne maßgebende, hier vielleicht interessierte Persönlichkeit sehen. Dafür ist die Oberinstanz da. Das geschieht auch in den besten Kreisen, daß ab und zu weniger auf das ganze als auf die speziellen Interessen gesehen wird, und daß die anderen Interessen notleidend unter gewisser Bevorzugung gewisser eigener Interessen. Man sollte, wie mir scheint, in Heidelberg endlich zum richtigen schauen und ich glaube, auch hinzufügen zu dürfen, obgleich die Personenfrage hier eine Rolle nicht spielen darf, daß man es der wissenschaftlichen Bedeutung des Heidelberger Laryngologen endlich schuldig wäre, hier aus diesen unhaltbaren Zuständen herauszutreten.

Was die Freiburger Universität anlangt, so bin ich natürlich dankbar dafür, daß endlich für den Lehrstuhl der Geographie eine ordentliche Professur errichtet worden ist. Weniger befriedigt kann ich mich erklären in bezug auf die Behandlung der Wünsche der theologischen Fakultät. Die theologische Fakultät hat — ich habe darüber vor zwei Jahren schon gesprochen — zwei weitere ordentliche Lehrstühle gewünscht, die jetzt mit außerordentlichen Professoren mit Lehrauftrag besetzt sind, nämlich einen Lehrstuhl für christliche Archäologie und einen Lehrstuhl für Apologetik.

Die Wichtigkeit dieser beiden Fächer wird von allen in der Sache Unterrichteten nicht bestritten werden können. Namentlich die zuletzt genannte Wissenschaft, die Apologetik, verdient in den heutigen Tagen eine ganz vorzugsweise Berücksichtigung und in dem Organismus unserer Universitäten auch eine entsprechende Wertschätzung.

Man bezieht sich nun bezüglich der Nichtberücksichtigung des Wunsches der theologischen Fakultät wegen dieser beiden Professuren darauf, daß auch an den anderen theologischen Fakultäten Deutschlands nicht mehr ordentliche Professuren seien als in Freiburg. Ja, dürfen wir denn nicht auch einmal etwas mehr haben als die anderen Universitäten im deutschen Reich? Es würde das unserem Renommé sicher nichts schaden! Den Hinweis auf unsere finanziellen Zustände lasse ich in diesem speziellen Falle keinesfalls gelten; wir haben doch das bekannte Legat des verstorbenen Geh. Hofrats Kraus für einen Lehrstuhl der christlichen Archäologie! Die Zinsen dieser Stiftung sind noch nicht so stark angewachsen, um einen Lehrstuhl ständig zu dotieren; aber das Recht hätte man doch zweifellos, einen kleinen Betrag aus den Zinsen, die jetzt etwa 2500 M. im Jahre betragen werden, zu entnehmen und daraus die Aufbesserungsmittel zu bestreiten, die für den Unterschied einer ordentlichen und einer außerordentlichen Professur notwendig sind. Wenn man dann erst ein paar Jahre später in die Lage gesetzt wäre, aus der Kraus'schen Stiftung eine ordentliche Professur ganz zu alimentieren, so wäre das das größte Unglück nicht. Ich glaube, daß man im Sinne des Verstorbenen handeln würde, wenn man, auch mit Rücksicht auf den Inhaber des jetzigen außerordentlichen Lehrstuhls, einen Lieblingsschüler des Professor Kraus, die Möglichkeit einer ordentlichen Professur schaffen würde. Ich hoffe mit Bestimmtheit, daß in dieser Beziehung die Großh. Regierung bis zum nächsten Landtag sich zu gunsten der Wünsche der theologischen Fakultät anders entschließen wird als bisher.

Die theologische Fakultät würde es auch lebhaft begrüßen, wenn bei der Besetzung der Bibliothekarposten auf ihre Wünsche etwas Rücksicht genommen werden könnte. Sie ist der Meinung, daß gerade auch für das Bibliothekswesen eine spezielle Vorbildung auf dem betreffenden wissenschaftlichen Gebiete sehr nützlich wäre. Bei der Anzahl von Bibliothekaren, wie wir sie in Freiburg haben, wäre es sehr leicht möglich, ohne die Interessen der Gesamtheit zu beeinträchtigen, den Wünschen der theologischen Fakultät in dieser Beziehung gerecht zu werden. (Sehr richtig!)

Ein altes Schmerzenskind von mir in bezug auf die Freiburger Universität ist der Betriebszuschuß für das klinische Hospital. Etwas gebessert hat sich in diesem Punkte die Großh. Regierung; aber in dem von mir gewünschten Umfange ist das leider noch nicht geschehen. Es ist jetzt allerdings der Betriebszuschuß um etwa 7000 Mark hinaufgesetzt worden; er war aber auch gering genug. Die Stadt hat in der Zwischenzeit große Gebäude errichtet aus eigenen Mitteln und unter eigener Verantwortlichkeit. Aber die Großh. Regierung hat wenigstens die erfreuliche Gelegenheit gehabt, bei der Eröffnungsfeier zugegen zu sein und dort die außerordentlich schöne Ausstattung

dieser Räume zu sehen. Ich glaube, der Umstand, daß die Regierung bei der Ausgestaltung der Pläne und bei den vorherigen Anordnungen nicht beigezogen worden ist, dürfte kein genügender Grund sein, um die Verzinsung des aufgewendeten Kapitals abzulehnen. Es ist zweifellos richtig, daß hier im Interesse der Freiburger Universität aus Mitteln der Stadt sehr große Aufwendungen gemacht worden sind, und die badische Staatskasse kommt sehr billig davon, wenn sie nur mit einer entsprechend billigen Verzinsung des aufgewendeten Kapitals belastet wird.

Der Herr Berichterstatter hat von der Verlegung der psychiatrischen Klinik gesprochen. Das läge natürlich im Interesse der Anstalt und auch im Interesse der Stadt Freiburg. Ich muß aber das eine zugestehen, daß, soweit ich unterrichtet bin, die großen Belästigungen, die früher von der psychiatrischen Klinik ausgingen, der ruhestörende Lärm durch die tobstüchtigen Kranken, in der letzten Zeit besser geworden sind. Sonst ist das richtig, was der Herr Berichterstatter sagt, daß die Anstalt nicht an einem für ihre Zwecke und für die Zwecke der Stadt Freiburg geschickten Platze steht. Wenn es möglich wäre — und ich glaube, daß das zu erreichen wäre — daß, wie der Herr Berichterstatter angedeutet hat, mit einem unverhältnismäßig geringen Aufwande eine Verlegung der psychiatrischen Klinik ins Auge gefaßt werden könnte, dann möchte ich allerdings den bezüglichen Wunsch des Herrn Berichterstatters auf das Lebhafteste unterstützen.

Ebenso kann ich mich durchaus den Ausführungen anschließen, die der Herr Berichterstatter in bezug auf das neue Kollegengebäude in Freiburg gemacht hat. Wir haben uns ja darüber in der Budgetkommission schon seinerzeit unterhalten. Jetzt beginnt das Frühjahr ins Land zu ziehen, aber unsere alte Kemptnerkaserne, die so ruhig und so billig während der Winterzeit hätte abgebrochen werden können, steht jetzt noch, und der Abbruch wird nun wahrscheinlich zu einer Zeit vollzogen werden, wo es vor der Staubentwicklung die ganze Nachbarschaft kaum wird aushalten können. Ich will dem Architekten gewiß keinen Vorwurf machen; der jetzige Moment wäre dazu auch gar nicht angetan; im Gegenteil, wir können es nur außerordentlich bedauern, daß der Herr von einer schweren Krankheit heimgeführt worden ist. Aber ich bin der Meinung, zum Abbruche der Kemptnerkaserne wäre eben der betreffende Architekt gar nicht nötig gewesen; das hätte man auf irgend eine andere Art, auch zu der geeigneten Jahreszeit, wo billigere Kräfte zu bekommen sind, besorgen können, ohne daß dadurch der Architekt sich über einen Eingriff in seine Rechte hätte beklagen können. Das ist jedenfalls auch richtig, was der Herr Berichterstatter gesagt hat, daß wir eben darauf hinarbeiten müssen, daß durch die sehr zu bedauernde Krankheit des Architekten die Ausführung dieses wichtigen Baues nicht weiter hinausgezögert wird. Ich möchte die Großh. Regierung jedenfalls bitten, in diesem Sinne tätig zu sein.

Ich kann meine kurzen Betrachtungen über unser Hochschulwesen mit dem Ausdruck der Freude schließen, daß unsere Hochschulen alle drei im blühenden Aufschwunge begriffen sind, daß an ihnen fleißig gearbeitet wird, und daß sie zur Ehre und zur Fierde unseres badischen Staates gereichen! (Beifall).

Hg. Dr. Frank (Soz.): Meine Fraktion hat schon in der Budgetkommission der Position zugestimmt, die vorgeschlagen ist bezüglich der Errichtung einer selbständigen Unterrichtsabteilung im Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts; und wir werden deshalb auch für die neu zu errichtende Stelle eines Direktors im Ministerium stimmen, weil wir der Ansicht sind, daß das die Konsequenz unserer Zustimmung zu dieser Position ist, da die neue selbständige Abteilung unter der Leitung eines Direktors zu bilden ist.

Unsere Wünsche gehen aber, ähnlich wie bei dem Herrn Referenten, noch weiter: Wir halten die Errichtung eines selbständigen Unterrichtsministeriums für dringend notwendig, weil die Erfahrung der letzten Jahre gezeigt hat, daß es sehr im Interesse der Schulen, namentlich der Volksschulen, liegt, wenn der Unterricht befreit wird von der nicht ungefährlichen Nachbarschaft des Kultus und der Justiz. Wir sind der Ansicht, daß die Verbindung dieser drei wichtigen Verwaltungszweige in einem Ministerium sich nicht bewährt hat, und daß in sehr wichtigen Punkten die Interessen des Unterrichts unter dieser Verbindung der Zentralverwaltung gelitten haben.

Herr Abg. Fehrenbach hat das ja selber zugegeben, was die Volksschule betrifft, und wir brauchen darüber weiter kein Wort zu verlieren. Auch die Regierung hat durch ihre Vorlage anerkannt, daß große Mängel hier obwalten; aber gerade die Form, in der diese Vorlage gebracht worden ist, die beweist doch, wenn es noch bewiesen werden muß, daß gegenüber dem Unterricht das jetzige Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts im wesentlichen verschlossene Taschen hat, wenn nicht auch noch verschlossene Herzen und Ohren. Es ist vonseiten des Herrn Abg. Fehrenbach auf andere Bundesstaaten, auf Preußen, hingewiesen worden, bei denen trotz der Selbständigkeit des Unterrichtsministeriums ebenfalls die Volksschule nicht nach idealen Gesichtspunkten geordnet sei. Das ist wohl richtig; aber ich brauche dem Herrn Abg. Fehrenbach wohl nicht zu sagen, aus welchen Gründen eben in Preußen seit Jahren die dringend notwendige Reform der Volksschule sich verzögert hat: weil man eben dort die finanzielle Reform des Volksschulwesens verknüpfen wollte mit der Reform des Unterrichts in materieller Beziehung, weil man gleichzeitig mit der Besserstellung der Volksschullehrer die Kinder schlechter stellen will durch Auslieferung der Schule an die Kirche. Deswegen hat sich seit vielen Jahren in Preußen die Reform des Volksschulwesens verzögert, und es kann selbstverständlich das selbständige Unterrichtsministerium in Preußen in der Richtung nichts helfen, wenn die allgemeinen politischen Verhältnisse in Preußen derart sind, daß eben den kirchlichen Richtungen bei jeder Konfession ein zu weitgehender Einfluß auf die Schule eingeräumt wird. Und wenn das in Preußen in absehbarer Zeit nicht anders wird, so ist der Hauptgrund natürlich darin zu suchen, daß man es dort fertig gebracht hat, durch ein veraltetes Wahlrecht die Hauptinteressenten der Volksschule, die breiten Volksmassen, von der Vertretung im Parlament auszuschließen.

Der Herr Abg. Fehrenbach hat dann auch gemeint, was die Mittelschulen betreffe, so hätte in der Richtung das jetzige Ministerium bewiesen, daß es für die Schulen zu sorgen wisse. Ich muß das zurückweisen. Wenn die badischen Mittelschulen im allgemeinen einen befriedigenden Stand aufweisen, so ist das nicht das Verdienst des Ministeriums, sondern das der Städte, der Oberbürgermeisterpolitik, über die so viel geredet worden ist. Die Städte haben so viel Mittel aufgewandt für die Mittelschulen, daß wir wohl sagen können: ohne diese großen Opfer würden auch die Mittelschulen in gleicher Weise wie die Volksschulen rangieren, nämlich nicht an der Spitze des deutschen Schulwesens, sondern weit, weit hinten am Schwanz.

Es ist dann gegen die ja prinzipiell kaum zu bekämpfende Forderung eines selbständigen Unterrichtsministeriums von Seiten des Herrn Abg. Fehrenbach auf die finanziellen Bedenken hingewiesen worden. Ich glaube aber, daß schon die Budgetkommission den Weg gewiesen hat, auf dem diese finanziellen Bedenken beseitigt werden können; es sind rund 40000 M. abgestrichen worden, die zu Kultuszwecken bestimmt waren. Wenn wir derartige Abstriche noch mehr machen, wenn die

großen Beträge, die Millionen, die im Laufe der Jahre für Kultuszwecke ausgegeben worden sind, künftig für die Selbständigmachung des Unterrichtswesens verwendet würden, dann wären die finanziellen Bedenken des Herrn Abg. Fehrenbach mit einem Male beseitigt.

Richtig ist, daß, was die Hochschulen betrifft, wohl Baden durch die jetzige Organisation des Ministeriums wesentliche Nachteile nicht gehabt hat. Es muß sogar anerkannt werden, daß mit Rücksicht auf die Größe oder Kleinheit unseres Landes Baden vielleicht unverhältnismäßig viel ausgeben muß für seine 3 Hochschulen, und dieses „unverhältnismäßig“ ist selbstverständlich historisch begründet durch die Art, wie Baden die 2 Hochschulen im Süden und Norden im Verlauf der Geschichte mit den zugehörigen Länderstrecken bekommen hat; daran ist ja jetzt nichts mehr zu ändern. Wenn nun aber einmal diese unverhältnismäßig großen Ausgaben von unserem kleinen Land für die Hochschulen geleistet werden müssen, so müssen wir verlangen, daß dann wenigstens die Ausgestaltung der Hochschulen eine derartige werde, daß die breiten Massen des Volkes, denen der Besuch der Hochschulen in der Regel ver sagt ist, möglichst viel Nutzen davon zu haben. Ich habe hier namentlich die Volkshochschulbewegung im Auge. In den Städten hat man bereits versucht, aus eigener Kraft — ich erinnere an Mannheim, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe — durch Selbsthilfe die Kräfte der Universitäten in den Dienst der Demokratisierung der Wissenschaft zu stellen. Die Erfolge, die damit an einzelnen Plätzen erzielt worden sind, namentlich in Mannheim in den letzten Jahren, sind recht erfreuliche. Aber die finanziellen Mittel, die zur Verfügung stehen, sind eben naturgemäß sehr gering und auch die Zuschüsse, die von den Städten geleistet werden, halten sich in sehr bescheidenen Rahmen. Immerhin wird es in den meisten Fällen in den großen Städten wohl möglich sein, unter Anspannung aller Kräfte die Volkshochschulkurse aufrecht zu erhalten. Unmöglich aber ist es, diese Aufgabe durchzuführen für die großen industriellen Vororte und für die Industrieorte, ein paar Stunden von den großen Städten weg. Und doch wäre es ein außerordentlich wichtiges Problem, wenn gerade die großen Massen der Industriearbeiter die Möglichkeit hätten, ihren Anschluß zu finden an die moderne Kultur. Die Industriearbeiter in den großen Städten bringen es selber fertig, aber die Leute in den Vororten und Industrieorten, die jeden Tag ein paar Stunden verlieren durch die Reise nach und von der Stadt, die werden meist nicht Zeit und Mittel haben, um in der Stadt an derartigen Kursen teilzunehmen. Zur Selbsthilfe fehlt es an diesen kleinen Plätzen ebenfalls an den notwendigen Mitteln. Ich glaube nun, daß für die Regierung eine dankenswerte Aufgabe darin liegen würde, wenn durch staatliche Zuwendungen die Beiräte unserer Hochschulen Karlsruhe, Freiburg, Heidelberg dazu veranlaßt würden, draußen in den Vororten ähnliche Kurse einzurichten, wie es in den meisten größeren Städten im Wege der Selbsthilfe schon geschehen ist.

Es sind dann verschiedene Wünsche ausgesprochen worden bezüglich der Neuerrichtung von ordentlichen Professuren. Soweit sich das bezieht auf die theologische Fakultät in Freiburg, können wir diese Wünsche nicht unterstützen; wir wären im Gegenteil dafür zu haben, wenn die theologische Fakultät beider Konfessionen in Freiburg und Heidelberg verschwinden würde (Lachen beim Zentrum), weil wir auf dem Standpunkt stehen, daß von einer theologischen Wissenschaft überhaupt nicht die Rede sein kann. Soweit wissenschaftliche Bedürfnisse bei den theologischen Studierenden vorhanden sind, können sie nie bei den andern Fakultäten befriedigen. Ich will z. B. daran erinnern, daß die evangelisch-theologische Fakultät in Heidelberg 59 Studierende zählt. Es wäre eine dankbare Aufgabe auszurechnen, wie teuer

bei den angewendeten Mitteln jeder einzelne Student dabei kommt. Bei der theologischen Fakultät in Freiburg sind es 241 Studierende, immerhin im Verhältnis zu den übrigen Fakultäten kaum die Hälfte der bei jeder andern Fakultät Studierenden.

Gingegen wären wir sehr dafür zu haben, wenn vielleicht die badische Regierung dem Beispiele der bayerischen Regierung folgen würde und eine Professur für Orthopädie einrichten würde. Ich meine, in dieser Richtung wäre geradezu eine Lücke auszufüllen. Es werden immer große Mittel, private und öffentliche, zur Versorgung kränklicher Kinder aufgewandt. Es ist nun erwiesen, daß ein sehr großer Teil dieser verkrüppelten Kinder bei rechtzeitiger Behandlung den Gebrauch ihrer Glieder wieder finden würde. Hier müßte die Wissenschaft eingreifen. Die Errichtung einer derartigen Professur würde sicher auf allen Seiten des Hauses Entgegenkommen finden.

Gefreut hat es mich, daß vonseiten des Herrn Abg. Fehrenbach die Einführung der Professur für Geographie freudig begrüßt worden ist. Es steht hier das Zentrum in Baden in erfreulichem Gegensatz zu seinen Gefinnungsgenossen in Bayern, wo ein heftiger Kampf um diese Geographieprofessur entbrannt war, die dort den Beifall des Zentrums nicht hatte finden können. (Zurufe vom Zentrum.)

Der Herr Abg. Fehrenbach hat auch die Frage der studentischen Ausschüsse in den Kreis seiner Betrachtungen gezogen, und er hat seiner Befriedigung darüber Ausdruck gegeben, daß an den badischen Hochschulen dieser Streit im wesentlichen in etwas gelinderen Formen ausgetragen worden ist, als wie es an den norddeutschen Hochschulen der Fall war. So viel ich unterrichtet bin, war es bei uns nur eine Hochschule, und zwar diejenige in Freiburg, an der es zu einer Teilung der Studentenschaft gekommen ist. An den beiden anderen Hochschulen sind erfreulicherweise die allgemeinen studentischen Ausschüsse beibehalten worden. Böse Zungen behaupten nun, die Spaltung in Freiburg sei eigentlich erst dadurch hervorgerufen worden, daß Vertreter der katholischen Korporationen im Ausschuß zu zahlreich geworden seien, und zwar dadurch zu zahlreich geworden seien, daß die katholischen Studierenden sich, ebenso wie die Hohelohes, alle paar Tage in neue Linien gespalten haben, so daß schließlich die Gefahr bestand, daß die Mehrheit der Vertreter im Ausschuß von Freiburg auf jener Seite gewesen wäre (Zurufe vom Zentrum: Das wäre ein Unglück gewesen!). Erfreulich ist diese Spaltung nicht, denn es besteht doch ein allgemeines Interesse daran, daß die Ausschüsse weiterbestehen. Wenn diese allgemeinen Ausschüsse aber weiter bestehen sollen, dann wäre doch zu wünschen, daß sie auch in rechnermäßig geordneter Weise ihr Amt verwalten; das darf ich vielleicht auch mit ein paar Worten hier zur Sprache bringen. Wenn ich nicht irre, werden die Beiträge für diese allgemeinen Studentenausschüsse von jedem einzelnen Studenten in Form eines Zwangszuschlags zu den Kollegieneldern erhoben; es handelt sich also einfach um eine öffentlich rechtliche Zwangskasse, wie etwa bei den Krankenkassen. Nun wird behauptet, daß an einzelnen Hochschulen die jungen Akademiker sehr viel weniger Talent zur Selbstverwaltung gezeigt hätten, als z. B. die „ungebildeten“ Arbeiter, die Millionen verwalten müssen. Es wird behauptet, daß an einer Hochschule einzelnen Vertretern dieses Ausschusses zu einem Hochschultage irgendwo in Mitteldeutschland, der, glaube ich, vier Tage in Anspruch genommen hat, Diäten pro Kopf von 300 Mark für diese vier Tage mitgegeben worden sind. Das sind Diäten, die wesentlich reichlicher sind als die für dieses hohe Haus bestimmten (Hetzerei). Die Reisegelder hin und zurück sollen 50 Mark betragen haben, so daß also für jeden einzelnen Teilnehmer an dieser nationalen Studentenfahrt für jene vier Tage 250 Mark, also über

60 Mark pro Kopf und Tag, übrig blieben. Ich glaube, die Herren haben nach jeder Richtung hin sich sehr anstrengen müssen, wenn sie diesen Betrag wirklich in dieser Zeit verbrauchen wollten. Ich will nicht, daß irgendwie hineinregiert wird. Ich möchte selbstverständlich die studentischen Ausschüsse durchaus unangefastet wissen, aber nachdem Zwangsbeiträge erhoben werden, ist doch zu wünschen, daß wenigstens in rechnerischer Beziehung jedes Semester seitens der Universitätsbehörde eine recht sorgfältige Prüfung erfolgt. Bedauerlicherweise haben die Studenten nicht die gleiche Laskraft, wie sie die Arbeiter haben: Wenn bei Arbeitern eine derartige Wirtschaft vorkäme, würden einfach die betreffenden Ausschüsse das nächste Mal hinausfliegen. Es scheint aber bei den Studenten ein derartiges Interesse für öffentliche Angelegenheiten zu fehlen, um durch Selbsthilfe diese bedenkliche Verrechnung in geordnete Bahnen zu leiten.

Vonseiten des Herrn Abg. Fehrenbach — ich hatte das vorher vergessen — ist dann noch der Wunsch ausgesprochen worden, daß in bezug auf ein besonderes Institut für Laryngologie die Universität Heidelberg der Universität Freiburg gleichgestellt werde. Wir können uns diesem Wunsche nur anschließen. Es ist auch für uns geradezu unverständlich, wie einem Mann, wie Prof. Jurocz, der in seinem Fach doch geradezu einen Weltreichtum besitzt, eine derartige Anstalt, eine besondere Klinik versagt wird, wo doch nicht zu bezweifeln ist, daß ein dringendes Bedürfnis vorliegt, und daß die persönlichen und sachlichen Qualitäten für die Leitung eines derartigen fünfjährigen Instituts alle in hervorragendem Maße gegeben sind.

Wenn dann noch bei der Frage der Gestaltung der Verwaltung davon die Rede gewesen ist, daß auch in bezug auf die Außenverwaltung manches geändert werden könnte, so kann ich mich auch dem nur anschließen. Auch wir sind der Ueberzeugung, daß die wohl nicht zu leugnende Ueberlastung des Ministeriums wesentlich darauf zurückzuführen ist, daß die Kreis Schulvisitatoren viel zu wenig Geschäfte selbstständig verwalten dürfen. Die Zentralmittelstelle und das Ministerium werden mit viel zu viel Kleinigkeiten behelligt, die statt von Karlsruhe aus besser im Lande draußen getan werden könnten; die Kreis Schulvisitatoren sind heute gar nichts weiter als wie die Briefvermittler zwischen Karlsruhe und den Lehrern. Die Prüfungen allein nehmen die Herren nicht genügend in Anspruch — und die Eröffnung von Erlässen von Karlsruhe aus an die Lehrer und Gemeindeführer ist keine Beschäftigung für akademisch gebildete Beamte, wie es die Kreis Schulräte tatsächlich sind.

Ich kann also zum Schluß noch einmal den Wunsch aussprechen, daß das Wohlwollen, das den Hochschulen bisher gezeigt worden ist, ihnen auch weiterhin erzeigt werden möge, daß aber auch möglichst bald die großen Beträge, die unser Land für Hochschulzwecke aufwendet, in einer Form weitergeleitet werden, daß auch die breiten Volksmassen davon einen Nutzen haben. Ich denke dabei namentlich an meine Anregung bezüglich der Ausdehnung der Volkshochschulkurse, der Volkshochschulbewegung auf die Vororte der großen Städte und auf die weit entfernt von solchen Städten liegenden Industrieorte.

Staatsminister, Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Dr. Freiherr von Dusch: Von den Rednern, die bis jetzt gesprochen haben, ist an die Spitze ihrer Ausführungen die Frage einer Neuorganisation des Ministeriums und des Oberschulrats gestellt worden. Ich kann zunächst mit Genugtuung konstatieren, daß von keiner Seite gegen die Neuorganisation für einen Ministerialdirektor sachliche Bedenken geäußert worden sind, sondern daß offenbar diese Position einstimmig angenommen werden

wird. Ich kann das mit Freuden begrüßen, da ich in der Lage bin, den Beamten, der für diese Stelle in Aussicht genommen ist, ganz abgesehen von der Frage seiner Vorbildung, als einen der ersten Kenner unseres Schulwesens im ganzen Lande überhaupt zu bezeichnen.

Was die Frage der Organisation anbelangt, so ist zu unterscheiden: Einmal die Anregung der Gründung eines selbständigen Unterrichtsministeriums — und dann die Frage der Gründung einer selbständigen Unterrichtsabteilung des Ministeriums.

Was die erste Frage anbelangt, so kann ich mich im wesentlichen dem anschließen, was der Herr Abg. Fehrenbach ausgeführt hat und auf das verweisen, was ich schon in der Kommission ausgeführt habe, nämlich, daß die Schaffung eines neuen Ministeriums wohl außer Verhältnis zur Größe des Landes, und vor allem außer Verhältnis zur Größe der Geschäfte stehen würde, die dann auf die einzelnen Ministerien entfallen würden. Es wäre ja an sich zweifellos ein zu begrüßender Zustand, wenn — wie in den großen Staaten — ein besonderes Ministerium begründet werden könnte; aber eines muß doch vorweg ausgeschaltet werden, nämlich der Gedanke, der von dem Herrn Berichterstatter und von dem Herrn Abg. Frank angeregt wurde, unter Ausschluß der Kultusangelegenheiten ein besonderes Ministerium für den Unterricht zu schaffen. Das würde sogar über den Status in den größten deutschen Staaten hinausgehen, in denen überall Kultus und Unterricht in einem Ministerium vereinigt sind.

Ich verstehe ja die Gründe, die den Herrn Abg. Frank dazu bestimmen mögen, überhaupt diese beiden Gebiete zu trennen. Ich glaube aber, der Herr Abg. Frank wird in Konsequenz der Ausführung seiner Gedanken wohl noch weiter gehen und das Kultusministerium überhaupt abschaffen müssen (Heiterkeit), wie er ja die theologischen Fakultäten abschaffen will und überhaupt alles abschaffen möchte, was mit Religion und Konfession in irgend welchem Zusammenhang steht. Ich glaube, wir sollten unsere Zeit nicht mit einer ernsthaften Erörterung solcher Fragen zubringen, wenn ich auch in keiner Weise bestreiten will, daß es dem Herrn Abg. Frank mit seinen Äußerungen voller Ernst gewesen ist.

Wir haben keinen Anlaß, Fragen zu erörtern, die in ferner Zukunft vielleicht einmal kommen mögen, aber nach der Geschichte unseres Landes, nach der Ansicht der weit überwiegenden Mehrheit unseres Volkes und der Ansicht der weit überwiegenden Mehrheit dieses Hauses jetzt überhaupt nicht ernstlich diskutiert werden können.

Ich wende mich der Frage zu, ob es sich nicht wenigstens empfehlen würde, den Oberschulrat in eine Abteilung des Ministeriums zu verwandeln. Es ist in dieser Richtung besonders geltend gemacht worden, daß dem Ministerium die notwendige Verührung mit den eigentlichen Fachmännern, mit den Schultechnikern, fehle. Ich kann aber demgegenüber nur auf die Tatsache hinweisen, daß, soweit meine Erinnerung zurückgeht, seitens des Ministeriums in einer schultechnischen Frage noch nie die Wege des Oberschulrats gekreuzt worden sind, das Ministerium vielmehr in den schultechnischen Fragen regelmäßig zu seiner Genugtuung in der Lage war, mit der Meinung des Oberschulrats, die wesentlich beeinflusst ist durch die Schulmänner, einig zu gehen. Wenn aber der Gedanke geäußert worden ist, daß es überhaupt an der persönlichen Verührung des Ministeriums mit den Fachmännern fehle, so muß ich dem entgegenhalten, wie ich in der Kommission gesagt habe, daß der Minister jederzeit in der Lage ist und auch davon Gebrauch macht, mit den Schulmännern im Oberschulrat in Verkehr zu treten, und daß eine sehr wesentliche Aenderung durch die Vereinigung des Oberschulrats mit dem Ministerium als Abteilung desselben nicht herbeigeführt werden würde. Wenn übrigens der Oberschulrat formell als eine ganz selbständige Mittel-

behörde erscheint, so fungiert der Oberschulrat doch in vielen Beziehungen schon jetzt als Abteilung des Ministeriums, und zwar insofern, als alle wichtigen Angelegenheiten, z. B. alle Vorschläge in Personalfragen, alle Entwürfe für Verordnungen, alle wichtigeren Dinge überhaupt, im gemeinschaftlichen Benehmen und auch formell gemeinschaftlich erledigt werden, und zwar in der Weise, wie die Herren sich aus jedem Aktenfaszikel des Ministeriums überzeugen können, daß unter wichtigen Entscheidungen sowohl die Unterschriften des Oberschulratsdirektors und seines Referenten als auch des Ministers und seines Referenten zu finden sind.

Im übrigen kann ich nur wiederholt darauf hinweisen, daß es höchst fraglich erscheint, ob ein Vorzug darin zu finden wäre, wenn alle diejenigen Angelegenheiten, die im Oberschulrat selbständig erledigt werden, im Ministerium erledigt würden. Ich glaube nicht, daß sich dadurch eine besondere Förderung der Geschäfte ergeben würde; es würde vielmehr gerade im Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts eine Neuerung geschaffen werden, die in Widerspruch steht mit der Organisation der anderen Ministerien, auf die der Herr Abg. Fehrenbach mit Recht hingewiesen hat. Wenn wir heute den Oberschulrat aufheben, würde die Folge sein, daß wir auch die Zentralstellen bei den anderen Ministerien aufheben müßten.

Ich möchte aber noch vor allem auf einen Gesichtspunkt hinweisen: Die Schwierigkeiten, die ja zweifellos auf dem großen Gebiet des Unterrichtswesens, nicht bloß in Baden, sondern in ganz Deutschland vorliegen, beruhen ja viel weniger auf organisatorischen und personellen Fragen, als in der Sache selbst. Alle die schwierigen und wichtigen Fragen, die bei uns in Baden zu entscheiden waren, haben im wesentlichen die gleiche Entwicklung genommen wie in anderen Staaten; und ich darf wohl rühmend hervorheben, daß gerade unter der Organisation des Oberschulrats — und in dieser Richtung muß ich dem Herrn Abg. Frank besonders entgegen treten — speziell unser Mittelschulwesen in feiner Weise zurückgeblieben ist. Nicht nur die Städte haben das Verdienst, daß wir in dieser Richtung vorgeschritten sind, sondern vor allem ist es auch die Wirkung der Tätigkeit des Oberschulrats, die sich nun auf 40 Jahre zurück erstreckt, daß wir im Mittelschulwesen unter den deutschen Staaten nicht hinten rangieren, wie der Herr Abg. Frank meint, sondern ganz vorn.

Was das Volksschulgebiet anlangt, sind die Schwierigkeiten dort auch keine organisatorischen. Darüber, daß auf dem Gebiete unseres Volksschulwesens ein erheblicher Schritt vorwärts gemacht werden muß, sind Oberschulrat und Ministerium ja vollkommen einig. Die Schwierigkeiten, die sich dem entgegenstellen, liegen vielmehr auf einem ganz anderen Gebiet, das sich aber der Einwirkung des Oberschulrats und Ministeriums vollständig entzieht; es ist das Gebiet unserer Staatsfinanzen. Es würde auch der begeistertste Schulmann mehr für die Entwicklung unserer Volksschule nicht leisten können, als der Minister in Berücksichtigung der staatlichen Finanzlage leisten kann. Aber auch bezüglich der Volksschule ist die Behauptung, daß wir in einem vollständig verrotteten Zustand seien, schon zu oft in diesem Hause aufgestellt worden, um noch Eindruck machen zu können. Auch in dieser Richtung darf ich darauf hinweisen, daß die geschichtliche Entwicklung des Volksschulwesens in allen anderen deutschen Staaten der unsrigen gleich gewesen ist. Ich kann sagen, daß wir anderen Staaten gegenüber, was die brennendste gegenwärtige Frage, die der Lehrer gehalten, anlangt, manchen Staaten voraus sind, und wir wollen ja jetzt wieder einen weiteren Schritt machen, durch den wir nahezu an die Spitze gelangen werden. Auch bezüglich des Volksschulwesens sind die Schwierigkeiten Folgen und Ergebnisse unserer geschichtlichen Entwicklung; und der finanziellen Gestaltung in den einzelnen Staaten,

und es würden die Verhältnisse sich nicht wesentlich anders gestaltet haben, ob nun der Oberschulrat als Abteilung des Ministeriums oder selbständig fungierte.

Eines muß ich, um damit die Erörterung über die organisatorischen Fragen abzuschließen, zugeben: es wäre wohl wünschenswert gewesen, daß die Personalunion, die früher zwischen dem Direktor des Oberschulrats und dem Referenten im Ministerium bestanden hat, bestehen geblieben wäre. Ich habe schon vor zwei Jahren hervorgehoben, aus welchen Gründen sie aufgehoben worden ist, und es wird zu erwägen sein, ob nicht Mittel und Wege sich finden lassen, um sie künftighin wieder herzustellen. Ebenso wird zu erwägen sein, es hängt das mit der Organisation nicht zusammen, ob im Oberschulrat an die Spitze, sei es in der Stellung als Direktor oder als vorstehender Rat, ein Schulmann zu bringen ist. Brennend ist die Frage nicht, sie muß entschieden werden nach den Interessen des Dienstes. Ich weise nur darauf hin, daß bei der jetzigen Organisation Schwierigkeiten einer solchen Ausgestaltung nicht entgegenstehen.

Gestatten Sie mir noch bezüglich der Organisation unseres Schulwesens einen Hinweis auf Bayern, das auch genannt worden ist. Wenn die Herren in den letzten Tagen die Zeitungen verfolgt haben, werden sie gefunden haben, daß gerade ein Mann aus der national-liberalen Partei im Abgeordnetenhaus in München dafür eingetreten ist, eine so vortreffliche Organisation für die Schule in Bayern zu schaffen, wie sie bei uns in Baden bestünde. Dort ist unsere derzeitige Einrichtung als eine geradezu musterhafte geschildert worden. Man sieht, es können die Ansichten verschieden sein. Unter allen Umständen muß ich für den Oberschulrat in Anspruch nehmen, daß er auch in seiner jetzigen Verfassung in den letzten 44 Jahren segensreich und erfolgreich für das Land gewirkt hat.

Was nun die Hochschulen anbelangt, so kam ich mit Genugtuung konstatieren, daß auch seitens des Herrn Abg. Frank im Anschluß an das, was die anderen Redner ausgeführt haben, unserem Hochschulwesen allgemeines Lob gespendet worden ist. Ich kann nur wiederholen, daß unsere Hochschulen eine etwas schwere wissenschaftliche Mühsung für unser Land sind; aber diese Mühsung ist bis jetzt, das kann ich wohl sagen, mit Ehrer und mit Erfolg getragen worden. Jedenfalls aber besteht für uns die zwingende Notwendigkeit, gerade mit Rücksicht auf andere Zweige des Unterrichtswesens, die doch auch allimentiert werden wollen, bei den Ausgaben für die Hochschulen eine gewisse Zurückhaltung zu üben.

Es ist von zweien der Herren Redner über die Frage der Behandlung der Ausländer gesprochen worden. Es soll in Baden keineswegs eine unberechtigte Beschränkung der ausländischen Studierenden eintreten. Wir haben Ausländer im reichsten Maße an unseren Universitäten. Aber das wird von allen Seiten anerkannt werden müssen, und es ist auch von den beiden Herren Rednern, die darüber gesprochen haben, anerkannt worden: es muß, von den Ausländern auf unseren Universitäten unter Umständen ein etwas höheres Honorar, insbesondere für die Benutzung kostspieliger Institute, Laboratorien und dergleichen erhoben werden. In dieser Richtung sind gegenwärtig die Verhandlungen noch im Gange. Wir haben die Hochschulen über die Angelegenheiten gehört; deren Meinung war keine vollkommen übereinstimmende, aber im großen und ganzen wird man sagen können, daß auch bei uns wie im ganzen deutschen Reich sich das Bedürfnis geltend gemacht hat, von den Ausländern, deren spätere Tätigkeit ja unserem deutschen Vaterlande nicht zu gute kommt, für gewisse besondere Leistungen der Universität ein etwas höheres Honorar zu erheben.

Was das Studium der Frauen und insbesondere den Wunsch des Herrn Berichtstatters anbelangt, es

möchten die Frauen zum ersten juristischen Examen zugelassen werden, so muß ich zu meinem Bedauern diesem Wunsche erhebliche Bedenken entgegensetzen. Meines Erachtens ist für die Frauen, die studieren, und die dann in eine der ihnen überhaupt auf juristischem Gebiete offenstehenden Laufbahnen eintreten wollen — und diese sind ja außerordentlich beschränkt — das Dokorexamen der rechte Abschluß. Das Dokorexamen ist vor allem in seiner jetzigen gegen früher erheblich strengeren Gestalt ein Abschluß für die juristischen Studien, und ist im wesentlichen dem ersten Staatsexamen, das die Frauen bestehen wollen, gleichzustellen. Wenn die Frauen das erste Staatsexamen bestehen, dann wollen sie auch das zweite bestehen, und wir kommen dann in Schwierigkeiten; wir sind in dieser Richtung nicht zuständig, da ja die Frauen zu den juristischen Berufen, als Richter, Staatsanwalt und Rechtsanwalt nicht zugelassen sind und nach den Vorschriften der Reichs-gesetzgebung nicht zugelassen werden können; und was soll man dann mit den Damen beim Vorbereitungsdiens anfangen? Ich fürchte, man würde einen Weg öffnen, der schließlich nicht im Interesse der studierenden Damen selbst liegen würde. Bis jetzt wenigstens ist die Frage noch in keiner Weise spruchreif und ich befinde mich mit meiner Anschauung in Uebereinstimmung wenigstens mit der Mehrzahl der Mitglieder der juristischen Fakultät in Heidelberg. Ob vielleicht in späterer Zeit, ob vielleicht in einzelnen besonderen Fällen eine Dispens eintreten könnte, will ich heute nicht erörtern, denn ich möchte die Regierung in ihren Maßnahmen nicht festlegen.

Auf einzelne der weiteren Fragen, auf die Frage der Wärfen und Wärfeninnen der Irrenanstalten und anderes möchte ich im einzelnen nicht eingehen und mich zunächst einer weiteren allgemeinen Frage zuwenden, nämlich der Frage der konfessionellen Verbindungen, die von Herrn Abg. Fehrenbach behandelt und auch von seiten des Herrn Abg. Frank gestreift worden ist. Ich kam in dieser Richtung nur in Uebereinstimmung mit dem Herrn Abg. Fehrenbach zu meiner Genugtuung feststellen, daß die Bewegung, die in Deutschland teilweise sehr lebhaft, um nicht zu sagen heftig, geworden ist, bei uns in Baden ihre Kreise nicht sehr weit ausgebehnt hat. Es ist schon hervorgehoben worden, daß in Heidelberg überhaupt ein vollkommen friedlicher Zustand besteht. Auch an der technischen Hochschule in Karlsruhe haben sich besondere Schwierigkeiten nicht gezeigt. Nur in Freiburg hat sich der Ausschuß der Studentenschaft zwar nicht aufgelöst, aber er ist, wenn ich so sagen darf, in Liquidation, er ist nur zusammengeblieben, um die noch vorhandenen Verbindlichkeiten der Studentenschaft zu erfüllen. Die Regierung kann nur bedauern, daß der Ausschuß sich aufgelöst hat, war aber nicht in der Lage, mit Zwangsmaßnahmen einzugreifen; sie war auch nicht in der Lage, die sich weiter bildenden katholischen Verbindungen einfach zu verbieten, und wenn dann vielleicht in etwas voreiliger Weise, und zwar nicht von seiten der konfessionellen Elemente, sondern von anderer Seite, das ganze Band gelöst worden ist, ohne zu sehen, ob man nicht doch tatsächlich zusammenarbeiten kann, so ist das ein Vorgang, der sich der Einwirkung der Regierung entzieht.

Ich habe von meinem Urteil über die konfessionellen Verbindungen, das ich vor zwei Jahren hier abgegeben habe, nichts zurückzunehmen, ich habe aber auch keinen Anlaß, heute in die Debatte, die sich bis jetzt durchaus ruhig abgespielt hat, weiteren Zündstoff zu werfen. Man muß zwar sagen, daß die konfessionellen Verbindungen als Symptome konfessioneller Spannung zu bedauern sind, aber man kann doch, wenn man sich ernstlich auf den Standpunkt der akademischen Freiheit stellen will, unmöglich daran denken, nunmehr mit Zwang vorzugehen, und ich glaube, daß dieser Standpunkt auch von den

Herrn von der linken Seite, wenn auch eine Aeußerung noch nicht erfolgt ist, wohl geteilt wird.

Der Herr Abg. Fehrenbach hat im Anschluß an die Frage der konfessionellen Verbindungen eine Rede, die der Prorektor in Heidelberg bei einem Fadelzug gehalten hat, zum Gegenstand der Erörterungen gemacht. Ueber Dinge des Geschmacks zu streiten ist außerordentlich schwer, und über sie hat die Regierung nicht zu entscheiden; die Regierung hat auch keinen Anlaß, auch wenn sie vielleicht die Schärfe einer Aeußerung bedauern würde, in eine solche Angelegenheit einzugreifen. Wir schützen auch die akademische Redefreiheit, und ich glaube, es ist kein Schaden, wenn von dieser oder jener Seite einmal ein vielleicht etwas zu lebhaftes Wort fällt.

Es ist sodann von mehreren der Herren Medner die Frage der laryngologischen Klinik in Heidelberg erörtert worden. Ich möchte vor allem die Regierung in Schutz nehmen gegen die Angriffe des Herrn Fehrenbach, der eine große Verkennung der Verhältnisse darin sieht, daß nach Ansicht der medizinischen Fakultät und des Ministeriums die Errichtung einer stationären laryngologischen Klinik nicht zu den dringenden Bedürfnissen der Universität Heidelberg gerechnet wird. Darüber kann ja gestritten werden; aber eines ist gewiß, daß das einer der Punkte ist, bei deren Behandlung man die Finanzlage wohl mit in Rücksicht ziehen kann. Uebrigens möchte ich hervorheben, daß die Regierung keineswegs in der Sache untätig gewesen ist. Es sollen in aller nächster Zeit Liegenschaften aus Stiftungsmitteln erworben werden, in denen auch Räume für eine solche stationäre laryngologische Klinik geschaffen werden könnten. Nur darüber bestehen noch Zweifel, ob diese Räume den betreffenden Gelehrten als genügend erscheinen. Ich führe die Tatsache auch nur an, um zu zeigen, daß wir ernstlich bemüht sind, in dieser Richtung etwas zu tun und den Wünschen, die ja von allen Seiten dieses Hauses mehrfach geäußert worden sind, endlich die Erfüllung bringen.

Was das Krebsinstitut in Heidelberg anbelangt, so kann ich mich nur den warmen Worten des Herrn Berichterstatters und des Herrn Abg. Fehrenbach anschließen, dem warmen Dank für die wirklich hochherzigen Spender der außerordentlich großen Summe, aus der ein Institut und eine Klinik errichtet werden soll, die nicht bloß für die Wissenschaft, sondern auch für die Leidenden Menschen hoffentlich von den segensreichsten Folgen sein wird! Die segensreichste Folge, die wir von dieser Gründung erhoffen, das wäre die, und das ist ja auch die Hoffnung, die der große Gelehrte hegt, der diese Anstalt im wesentlichen gegründet hat, daß nämlich ein eindringlicher, energischer Schritt in der Krebsforschung nach vorwärts getan werden könnte, daß endlich eine wissenschaftliche Erklärung der bis jetzt noch unentdeckten Erreger dieser Krankheit gefunden würde, daß es endlich gelingen möchte, wirklich wirksame Heilmittel gegen diese Krankheit zu entdecken.

Ich wende mich zu den Wünschen, die bezüglich der Universität in Freiburg geäußert worden sind. Auch hier spielen einige Professuren eine erhebliche Rolle, und ich kann auch hier nur dem Herrn Abg. Fehrenbach gegenüber sagen: es ist gewiß nicht böser Wille gegenüber der Universität und speziell der theologischen Fakultät, wenn die zwei von letzterer gewünschten Professuren nicht in das Budget aufgenommen worden sind. Man muß eben auch hier die Mittel bedenken, und man wird — da muß ich doch dem Herrn Abg. Fehrenbach entgegenreten — auch die anderen Universitäten zur Vergleichung beziehen dürfen. Und wenn wir dann finden, daß diese im ganzen mit sieben Ordinarien auskommen, so sollte man denken, daß es in Freiburg auch

möglich wäre. Damit will ich nicht sagen, daß den zwei Herren, die die bezüglichen außerordentlichen Professuren versehen, das Avancement zu Ordinarien nicht sehr zu wünschen wäre. Man wird aber erwägen müssen, ob und inwieweit in einem späteren Budget diesen Wünschen entgegengekommen werden kann.

Was die Betriebszuschüsse zum klinischen Spital in Freiburg anbelangt, so freue ich mich, daß der Herr Abg. Fehrenbach festgestellt hat, die Regierung habe sich „etwas gebessert“. Wenn auch die Finanzlage sich bessert, so dürften wir auf diesem Gebiete noch sehr erheblich weiterstreiten. Auch hier liegen die Ergebnisse einer geschichtlichen Entwicklung vor, auf die ich nicht des näheren eingehen will, die dem Herrn Abg. Fehrenbach ebenso genau bekannt ist wie mir. Ich kann nur anerkennen, daß die Stadt Freiburg in wirklich großartiger Weise für die Bedürfnisse der Klinik sorgt, und kann nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß künftig auch der Staat noch in weiterem Maße an der Tragung der Lasten bezüglich dieser Klinik werde teilnehmen können.

Was das Kollegienhaus in Freiburg anbelangt, so kann ich dem Herrn Berichterstatter auf seine Anregung erwidern, daß, wenn nach den in der allerletzten Zeit getroffenen Verfügungen verfahren worden ist, gestern oder heute mit dem Abbruch des Gebäudes in Freiburg begonnen worden sein muß. Die Krankheit des verdienten Architekten ist bereits erwähnt worden, von dem der Plan des Kollegienhauses herrührt, und ich kann wohl sagen, wenn hier eine erhebliche Verzögerung trotz der eindringlichsten Mahnungen seitens des Ministeriums eingetreten ist, so war eben die schon in der Entwicklung befindliche Krankheit des Architekten daran schuld. Wir hoffen aber, jetzt die Sache energisch vorwärts zu bringen und hoffen, mit Vertretern dieses Architekten, die große Erfahrung besitzen, und mit Zuzug des bautechnischen Referenten in unserem Ministerium den Bau doch so fördern zu können, wie es im Interesse der Universität unbedingt geboten ist (Bravo!).

Ich glaube, bezüglich der Universität Freiburg noch eines sagen zu müssen, nämlich über den Administrativkredit für die Frauenklinik. Der Herr Abg. Obkircher hat den Verdacht geäußert, daß wir mit unerwarteten Forderungen seitens des Frauenklinikers in Freiburg nicht am Ende seien. Ich kann den Herrn Berichterstatter darüber beruhigen. Auf dem Gebiete des außerordentlichen Etats sind Anforderungen für Baulichkeiten und für Ausstattung der Bauten der Frauenklinik nicht mehr zu erwarten. Dagegen wird, und zwar nicht bloß für dieses Institut, sondern auch für andere Institute in Freiburg und Heidelberg, im Nachtragsetat eine nicht unerhebliche Summe erscheinen müssen, weil die Preise der Lebensmittel sich derart gesteigert haben, daß die Kliniken mit ihren derzeitigen Aversen nicht mehr auskommen können.

Ein ganz besonderes Bedauern möchte ich darüber aussprechen, daß die für unsere theologischen Studierenden in Heidelberg eingestellten 6000 M. gestrichen wurden. Es ist eine üble Sache mit dieser Frage: heute soll das Kultusbudget nicht erörtert werden, und zu meinem lebhaften Bedauern scheint das Hohe Haus der Meinung zu sein, daß eben auch ohne eine weitere Erörterung dieser Frage nummehr sang- und klanglos unsere 6000 M. verschwinden sollen. Ich hoffe, daß vielleicht der Herr Abg. Rohrhurst, was sehr dankenswert wäre, noch eine Ranze für diesen Posten einlegt. Es ist an sich eine schwierige Sache mit dem Nachwuchs der Theologen, das wissen die katholischen Theologen so gut wie die protestantischen. Es ist auf beiden Seiten der gleiche Zustand, und es ist gerade mit diesem doch wirklich recht mäßigen Posten, der sich früher auf das Doppelte belaufen hat, doch nur der Zweck verfolgt, das theologische Studium in Heidelberg zu fördern und vor

allem den Studierenden der Theologie, dem sich eben meistens Personen aus den wenig bemittelten Kreisen zuwenden, ihr Studium zu ermöglichen. Ich möchte dringend dem Hohen Hause ans Herz legen, genau zu prüfen, ob nicht diese 6000 M., ohne Rücksicht auf die 50 000 M., um die es sich beim katholischen theologischen Kovvitt und Predigerseminar handelt, bewilligt werden könnten, zumal ja vielleicht Gelegenheit gegeben sein wird, bei dem Kultusbudget bezüglich dieser letzteren Summe eine Verwendung zu treffen, die anderen Interessen der katholischen Kirche entgegenkommt. Ich meine, wir sollten mindestens für unsere Theologiestudierenden noch einmal Gnade für Recht ergehen lassen und diesen wirklich nicht erheblichen Kosten entgegen dem Antrage, den die Kommission an das Hohe Haus gestellt hat, bewilligen.

Ich beabsichtige nicht, mich mit dem Herrn Abg. Frank über einzelne allgemeine Fragen auseinanderzusetzen, über die wir ja nie werden einig werden können. Ich habe bezüglich seiner Ausführungen über die Volksschulen schon das Nötige gesagt und möchte nur zwei spezielle Punkte, die er hervorgehoben hat, kurz erörtern: die Frage der Volkshochschulkurse und die Frage der Errichtung von Professuren für Orthopädie. Was den letzteren Punkt anbelangt, so ist für dieses Fach sowohl in Heidelberg als in Freiburg allerdings nur durch außerordentliche Professoren gefordert. Aber es wird wohl zu erwägen sein, ob nicht gerade die Professur für Orthopädie unter die vielen neuen Professuren, die wünschenswert sind, und zwar in einer der ersten Reihen, gestellt werden sollte. Es wird die Regierung sehr gern erwägen, ob und inwieweit in einem späteren Budget gerade diesem Wunsche entsprochen werden kann.

Was die Volkshochschulbewegung anbelangt, so glaube ich nicht, daß eine Klage darüber geführt werden kann, daß die Regierung, soweit überhaupt die Sache in ihrer Hand liegt, bis jetzt nicht das Genügende getan habe. Die Regierung hat sich sehr gern an der Sache beteiligt, indem sie den Professoren unbeschränkten Urlaub zur Erteilung solcher Kurse erteilt hat, indem sie auch, allerdings nur in besonderen Fällen, finanzielle Unterstützungen gewährt hat. Aber im großen und ganzen ist das doch wohl eine Sache, die aus den Kreisen der nächstbeteiligten hervorgehen muß, vor allem bis einmal eine gewisse Klärung der Angelegenheit erfolgt ist. Denn so ideal und schön das Ziel der Volkshochschulkurse ganz zweifellos ist, so sind doch begründete Zweifel darüber möglich, ob in der Tat das Ideal auf dem bisher verfolgten Wege erreicht werden kann, ob es in der Tat möglich ist, wissenschaftliche Bildung in so weite Kreise zu tragen, wie der Herr Abg. Frank es wünscht. Die Regierung wird sehr gern jedem konkreten Wunsche, der an sie herantritt, komme er von welcher Seite er wolle, wohlwollend entgegenzutreten; sie ist sehr gern bereit, ihrerseits zu tun, was in ihren Kräften liegt, vor allen Dingen auch nach der finanziellen Seite, um auch diese an sich ja gewiß ideale und erfreuliche Bewegung, soweit es in ihren Kräften steht, zu unterstützen.

Herr Abg. Frank hat, wie das ja bei seiner Parteistellung nicht anders zu erwarten ist, die Arbeiter außerordentlich gelobt im Vergleich zu den Studenten. Er hat gemeint, die Arbeiter würden kurzen Prozeß machen, wenn derartige Dinge vorkommen würden, wie die Verschwendung von Geldern in den studentischen Ausschüssen. Ich will keinen Vergleich ziehen. Menschliches kommt überall vor. Menschliches, allzu Menschliches, ist schon bei Arbeiterassen und Arbeitervertretungen vorgekommen, und menschlich ist es auch, was hier geschehen sein soll. Ich kenne den konkreten Fall nicht, in welchem eine sehr hohe Summe für die Vertretung der Studentenschaft bei einem auswärtigen Feste verausgabt worden sein soll; aber ich glaube, wenn dies auch geschehen ist, so sollte das

doch kein Anlaß sein, um nun gleich den Stab über die Ausschüsse zu brechen. Die Regierung war immer bestrebt, mit Energie darüber zu wachen, daß dem Luxus in dieser Beziehung möglichst gesteuert werde, und ich könnte Ihnen mehrere Erlasse in dieser Richtung vorführen. Aber im ganzen genommen kann hierin die Wirkung der Regierung keine präventive sein: sie kann nicht dem Ausschusse vorschreiben, was er tun soll; die Regierung hat nur eine repressive Wirkung, die darin besteht, daß man die Studentenausschüsse, wenn Ueberschreitungen vorkommen, energisch darauf hinweist, daß sie dazu da seien, um die Finanzen der Studentenschaft in Ordnung zu erhalten.

Ich kam zum Schlusse nur meinen Dank dafür wiederholen, daß die Verwaltung unserer Hochschulen, und zwar auf diesem Gebiete ohne Rücksicht auf organisatorische Fragen und ohne Rücksicht darauf, ob Fachleute an der Spitze stehen, uneingeschränktes Loö im Hause gefunden hat!

Abg. Mohrhaupt (natl.): Für die Universität Heidelberg verzeichnet der Bericht zwei außerordentlich erfreuliche Tatsachen. Einmal, daß unsere Universitätsbibliothek fertiggestellt und mit ihren reichen Schätzen — sie zählt jetzt gegen 500 000 Bände — in das neue Heim übergezogen ist. Man kann ja über den Bau selbst, insbesondere über die reiche ornamentale Ausgestaltung der Fassade des Hauptbaues, auch über die sehr vornehme Ausstattung des Innenbaues dieses Hauptgebäudes verschiedener Meinung sein. Man kann auch verschiedener Meinung sein, ob dieser gewaltige Bau in französischem Renaissancestil mit seinem massigen Eckturm nicht auf die Peterskirche, dieses Schmuckstückes unserer Stadt, eine ungünstige Wirkung ausübt. Das aber wird man dem Schöpfer des umfassenden Bauwerkes zugestehen müssen: In einer für Staatsbauten verhältnismäßig sehr kurzen Zeit, an einem für die Zwecke der Universität sehr günstigen Platze und insbesondere ohne nennenswerte Ueberschreitungen der zur Verfügung gestellten Mittel ist hier ein Werk geschaffen worden, das seinem Schöpfer dauernd zur Ehre gereichen wird, und das vor allem auch eine Zierde unserer Stadt und unserer Universität bildet, ein Bauwerk auch, das insbesondere in der Anlage der Bücherräume zweckmäßig und praktisch ist, eine rasche und bequeme Benützung der Bücherschätze gewährleistet, und wohl für lange Zeit den Bedürfnissen der Universität genügen wird. Es ist allerdings für manchen Besucher der Universitätsbibliothek schmerzlich, daß er nicht mehr ungehindert, wie das bisher in sehr liberaler Weise gestattet war, Zutritt zu den Bücherschätzen hat. Allein man wird diese Unbequemlichkeit mit in Kauf nehmen müssen und in Kauf nehmen können um der Ordnung Willen, die in der Bibliothek einmal herrschen muß. Jedenfalls hat die Universität Heidelberg und die Stadt alle Ursache, dem Schöpfer dieses Baues sowie insbesondere der Großh. Regierung und den Ständen dankbar zu sein für das große und erfreuliche Werk, das jetzt vollendet ist.

Es ist im Budget für die neue Bibliothek ein höheres Aversum im Betrage von 9 000 M. ausgeworfen worden. Die Erhöhung ist eine dringend notwendige. Diese Summe wird ausschließlich für den höheren sachlichen und personellen Aufwand verwendet werden, den dieses große ausgedehnte Gebäude erfordert. Für die Erwerbung neuer Bücher wird nichts oder nicht viel von dieser Summe zur Verfügung stehen. Es ist darum fraglich, ob, wenn nicht in Nähe eine Erhöhung des Aversums eintritt, die Bibliothek in Zukunft die Aufgaben wird erfüllen können, die sie bezüglich ihrer Bücherschätze in der Vergangenheit geleistet hat.

In dem alten Bibliotheksgebäude werden nun Räume geschaffen, insbesondere für Seminare. Auch wird dort ein Lesesaal für unsere Studierenden erstellt und damit ein Wunsch erfüllt werden, der wiederholt schon in diesem Hohen Hause zur Sprache gebracht

wurde und der an anderen Universitäten auch bereits verwirklicht ist. Ich darf vielleicht im Zusammenhange damit noch einen anderen Wunsch unserer akademischen Jugend zur Sprache bringen, das ist der nach Erstellung einer Universitätsturnhalle. Dieser Wunsch wird in den Kreisen der Studierenden sehr lebhaft geteilt, er ist auch sehr begreiflich, und ich glaube, auch nur durchaus zu billigen. Die Stadt hat in dankenswerter Weise eine städtische Turnhalle unserer akademischen Jugend zu ihren Turnübungen zur Verfügung gestellt; allein auf die Dauer wird wohl dieses Provisorium nicht genügen und die Frage der Erstellung einer eigenen Universitätsturnhalle und der Anstellung eines Universitätsturnlehrers wird einer endgültigen Lösung entgegenzuführen sein.

Die zweite erfreuliche Tatsache, auf die ja auch von verschiedenen Rednern dieses Hauses eingegangen worden ist, ist die Errichtung eines Krebsinstitutes in Heidelberg. Ueber die Entstehung, die Organisation, die Aufgabe, die Dotierung dieses Institutes gibt der Bericht eingehend Aufschluß. Sie wissen aus den Ausführungen der verschiedenen Redner und aus diesem Bericht, daß die Mittel für dieses Krebsinstitut aus sehr namhaften, sehr reichlichen Spenden aufgebracht worden sind. Dem Danke, der von verschiedenen Seiten den Spendern ausgesprochen wurde, schließe auch ich mich von Herzen an. Es sind das wohl Gaben, gegeben von dankbaren Patienten, die durch die geschickte Hand des künftigen Leiters des Krebsinstitutes in Heidelberg, des Herrn Geheimen Rat Czerny Heilung von einem schweren und gefährlichen Leiden gefunden haben. Es sind das auch Gaben von solchen Familien, die das schwere Leid erfahren haben, das diese schwere Krankheit über eine Familie zu bringen vermag und die nun Mittel zur Verfügung stellen, damit anderen wenigstens erspart bleibt, was sie selbst erlitten haben. Sie sehen auch aus dem Bericht die Aufgabe, die diesem Institut gestellt ist, einmal Kranke aufzunehmen und zu pflegen und wenn möglich zu heilen und zum anderen die Ursachen der Krebskrankheit zu erforschen. Ich kann mich nur dem Wunsche anschließen, daß es dem Institut recht bald gelingen möge, die jetzt noch unbekanntem Erreger der Krankheit zu erforschen und die Menschheit von einer Krankheit zu retten, die mehr und mehr ihre Opfer in allen Ständen unseres Volkes sucht und findet; und ich möchte vor allem auch den Wunsch aussprechen, daß der hervorragende Schöpfer und künftige Leiter dieses Krebsinstitutes, Herr Geheimen Rat Czerny in Heidelberg, noch viele Jahre lang selbst die Leitung seines verdienstvollen Werkes in Händen behalten und daß es ihm gelingen möge, das Ziel zu erreichen, das er mit seinen Forschungen sich gesteckt hat. Es wäre dies ein Lorbeerblatt in dem reichen Kranz des Gelehrten und der Universität.

Ueber die laryngologische Klinik unserer Universität habe ich wiederholt auf den früheren Landtagen schon gesprochen und dem lebhaften Wunsche Ausdruck gegeben, daß auch dieses Institut endlich erstellt werden möge. Ich bin den Herren Kollegen Fehrenbach und Frank wie dem Herrn Berichterstatter sehr dankbar, daß sie mit solcher Wärme und Entschiedenheit für die Errichtung dieses Institutes eingetreten sind. Der Herr Kollege Fehrenbach hat sich bezüglich der Verwirklichung dieses Wunsches etwas pessimistisch geäußert. Ich hoffe doch, daß der Bau tatsächlich mit dem nächsten Landtag zur Ausführung kommt und daß dem so verdienstvollen Gelehrten für Laryngologie, dem Herrn Professor Jurasz, auch nun in der Form der Errichtung einer laryngologischen Klinik die Anerkennung gezollt wird, die er durch ein über 20jähriges Wirken an unserer Heidelberger Universität verdient hat.

Daß die Professur für Geographie aus einer außerordentlichen in eine ordentliche verwandelt wird,

ist mir eine große Freude. Ich sehe darin die Anerkennung des Wertes, den die Geographie als ein sehr wichtiges und bedeutames Lehrfach hat. Zugleich auch eine Anerkennung für den derzeitigen Vertreter dieses Faches an unserer Heidelberger Universität, eine Anerkennung, die dieser bedeutende und feinsinnige Vertreter seines Faches mit vollem Recht verdient.

Der Herr Kollege Fehrenbach hat in seinen Ausführungen auch berührt und anerkannt, daß an unserer Heidelberger Universität die Beziehungen der studentischen Vereinigungen zu einander bis jetzt einen friedlichen Charakter gehabt haben. Ich kann diese Tatsache nur bestätigen und auch meinerseits meine Befriedigung darüber aussprechen. Gewiß, wir sind Gegner der Konfessionalisierung unseres Volkes, weil wir darin eine schwere und ernste Gefahr für die Zukunft sehen, und wir bedauern die Tatsache, daß das konfessionelle Element nun auch in unserer akademischen Jugend eine so starke Rolle spielt. Allein dem können und wollen wir niemals das Wort reden, daß mit Gewaltmaßnahmen etwa nun konfessionelle Vereinigungen unterdrückt und damit die akademische Freiheit nicht mehr in genügender Weise gewahrt werde; ganz abgesehen davon, daß derartige Gewaltmaßnahmen ihr Ziel nicht erreichen werden. Der Kampf gegen die konfessionellen Verbindungen, wie er bis jetzt geführt wird, hat nur zu einer Stärkung derselben geführt. Wenn aber in Heidelberg bis jetzt die Verhältnisse derart friedlich waren, wie fast an keiner anderen Hochschule Deutschlands, so glaube ich, ein Teil des Verdienstes darf auch wohl der Prorektor der Heidelberger Universität in Anspruch nehmen, und der Herr Kollege Fehrenbach wird daraus vielleicht entnehmen, daß die Worte des Rektors, von dem er vorhin andeutungsweise sprach, eine Verurteilung vielleicht nicht verdient hätten, auch wenn diese ja in sehr maßvollen Formen gehalten war. Das Recht wird der Herr Kollege Fehrenbach wohl auch unseren Universitäts-Dozenten nicht beabreden wollen, daß sie über Vorgänge, die nun einmal unser öffentliches Leben in der Weise in Anspruch nehmen, wie Landtags- und Reichstagswahl, daß sie über wichtige politische Erscheinungen auch öffentlich zur Jugend sprechen, daß sie Stellung dazu nehmen sollten auch einmal der akademischen Jugend gegenüber. Dieses Recht haben die Professoren in der Vergangenheit gehabt, ich erinnere nur an die Namen Häuser und Schenkel, und man wird und muß es ihnen auch in Zukunft wahren und erhalten; wenn man auch vielleicht über die Form, in der sie ihr Recht vertreten, verschiedener Meinung sein kann.

Lebhaft habe ich im Interesse unserer theologischen Fakultät und der Theologie-Studierenden bedauert, daß im Etat die 6000 M. für die Theologie-Studierenden der Universität Heidelberg gestrichen worden sind, und ich kann dem Herrn Minister nur dafür danken, daß er in so warmer Weise für die Wiedereinsetzung dieser Position eingetreten ist. Es liegen ja allerdings die Verhältnisse heute etwas günstiger als in den Jahren, in denen man zum erstenmal eine solche Summe in den Etat eingestellt hat. Der Zugang zum Studium der Theologie hat sich etwas gesteigert, aber freilich noch lange nicht in dem Maße, daß unserer evangelischen Kirche nun genügende und genügend tüchtige oder gar zu viele Kräfte zur Lösung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt wären, und immer noch ist es so wie ehedem, daß sich die Studierenden der Theologie vielfach aus den Kreisen unseres Volkes rekrutieren, die zwar sehr viel Idealismus und auch warmes religiöses Empfinden und Leben, aber nicht viele materielle Mittel haben. Ich bedauere auch gar nicht, daß aus diesen Kreisen mit in erster Reihe unsere Theologie-Studierenden kommen. Wenn nun diese 6000 Mark gestrichen werden, dann fürchte ich,

wird unsere theologische Fakultät in Heidelberg nicht nur einen Schaden davon haben, sondern es wird vor allem auch manchem Theologie-Studierenden sehr ershwert werden, sein Studium zu einem glücklichen Abschluß zu führen. Ich wäre sehr dankbar gewesen, wenn zum mindesten noch einmal für dieses Budget die Mittel bewilligt werden würden, und wenn dies dann zum letzten Male geschehen wäre, daß dann Vorkehrungen hätten getroffen werden können, um einen Ersatz zu schaffen. Ich hätte gern einen Antrag eingebracht, diese Summe wieder in das Budget einzusetzen, allein ich glaube, ein solcher Antrag hätte wenig Aussicht auf Erfolg. Die Herren auf der Gegenseite (zum Zentrum) werden in diesem Falle nach dem alttestamentlichen Grundsatz handeln: „Auge um Auge, Zahn um Zahn“, und die Herren in der Mitte des Hauses (zu den Sozialdemokraten) haben doch für die Theologie-Studierenden nichts übrig und wollen auch die theologischen Fakultäten überhaupt von unseren Universitäten entfernen. Ich glaube, gerade sie hätten alle Ursache, Mittel im Budget zu erhalten, die die Ermöglichung des Studiums denen gewähren, die nicht aus den sozial gehobenen Ständen unseres Volkes hervorgehen. Bei Ihrem prinzipiellen Standpunkt verstehe ich wohl Ihre Haltung, und es liegt mir ferne, Ihnen etwa daraus einen Vorwurf machen zu wollen.

Ich gestatte mir, der Großh. Regierung nun einen Vorschlag zu machen: Wenn tatsächlich die Summe von 6000 Mark gestrichen wird und die Regierung über sie noch nicht anderweitig verfügt hat, dann möchte ich bitten, diese Summe zur Förderung der Hochschulkurse für unsere badische Lehrer und Lehrerinnen zu verwenden. Wir haben im August des Jahres 1904 an unserer Heidelberger Universität einen derartigen vierzehntägigen Kurs gehabt, der von über dreihundert Lehrern und Lehrerinnen aus Baden und aus andern deutschen Bundesstaaten — auch von Ausländern besucht war. Ich habe selbst damals einer Reihe dieser Vorlesungen beigewohnt und mich sehr über den großen Eifer wie die Ausdauer gefreut, mit denen die Vorlesungen gehört wurden, und ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß viele Teilnehmer reichen Gewinn, große Anregung, gesteigertes Interesse für die wissenschaftlichen Bestrebungen unseres Volkes mit in ihr Alltagsheim und in ihren Beruf hinausgenommen haben. Der Verein badischer Lehrer und Lehrerinnen hat meines Wissens an das Großh. Staatsministerium die Bitte gerichtet, es möge das Staatsministerium auch die für dieses Jahr geplanten Kurse fördern und eine materielle Unterstützung gewähren, damit die Kosten für den einzelnen Teilnehmer nicht zu hoch werden. Wenn denn schon diese 6000 Mark gestrichen werden sollen, so würde ich es begrüßen, wenn aus diesen Mitteln dann wenigstens diese Kurse gefördert würden. Lieber allerdings wäre es mir, wenn die 6000 Mark für evangelische Theologie-Studierende erhalten blieben.

Ich schließe auch meinerseits mit dem Danke für die reichen Mittel, die für die Hochschulen des Landes, und insbesondere auch wieder für die Hochschule der Stadt Heidelberg ausgeworfen sind; und ich schließe vor allem auch mit dem Wunsche, daß diese reichen Mittel dazu beitragen mögen, unsere Hochschulen in der Blüte zu erhalten, deren sie sich, Dank der Zusammenwirkung von Regierung und Landständen, seit vielen Jahrzehnten erfreuen, daß diese Mittel dazu beitragen mögen, das geistige, das kulturelle Leben unserer badischen Heimat zu fördern.

Abg. D u e n z e r (nall.): Wenn wir als Nation Grund haben, auf irgend etwas stolz zu sein, dann sind es nach meiner Meinung unsere Universitäten. Welch eine Fülle von Wissen und Erkenntnis, welche mächtige, nachhaltige Anregungen für das selbständige, wissenschaftliche Forschen im Laufe der Zeit von ihnen ausgegangen sind, daß läßt sich kaum ermessen.

Es sind eine Reihe von Fragen, die mit unseren Hochschulen in Beziehung stehen und heute von unserem Herrn Berichterstatter angeregt wurden, alsdann von den verschiedensten Seiten des Hohen Hauses näher erörtert und ausgeführt worden, und es ist Einiges davon mir vollständig aus der Seele gesprochen gewesen. Ich will darum, und ich kann darum auf alle diese Fragen nicht nochmals zurückkommen. Aber eines möchte ich mir erlauben: Ich möchte hinweisen auf einen Mißstand, den ich in unserem Universitätswesen finde, und auf den noch nicht hingewiesen worden ist. So Treffliches diese Anstalten leisten — wenn Mißstände hervortreten, dann ist es unsere Pflicht, offen darauf hinzuweisen und auf ihre Abstellung zu drängen. Solche Mißstände sind in der Tat vorhanden, und den, den ich heute hervorheben möchte, sehe ich in der Lage unserer außerordentlichen Professoren.

Jeder, der unser Hochschulwesen genauer kennt, der muß es als eine auf allen Seiten anerkannte und feststehende Tatsache hinnehmen, daß heutzutage nur derjenige die akademische Karriere einschlagen kann, der von Haus aus ein beträchtliches Vermögen besitzt. Wenn ein junger Herr nach langem Studium sich endlich habilitiert hat, dann bezieht er jahrelang als Privatdozent keine Bezahlung und auch dann, wenn er es endlich zum außerordentlichen Professor gebracht hat, hat er keine Vergütung von Seiten des Staates zu erwarten, wenn ihm nicht etwa, was aber nur in seltenen Fällen eintritt, ein besonderer Lehrauftrag zuteil wird.

Darin allein liegt doch schon ein klarer Mißstand. Bei der Habilitation sollte doch nicht die Größe des Geldbeutels, sondern die Größe des Geistes entscheidend und allein entscheidend sein. Wie die Dinge liegen, kann ein außerordentlicher Professor an der Universität 40 und 50 Jahre alt werden — ja es ist gar keine Garantie geboten, daß er es überhaupt in seinem Leben, wenn er auch noch so alt wird, jemals zu einer bezahlten Professur bringt. Und wenn man etwa sagen wollte: Diejenigen, die es niemals zu einer ordentlichen Professur bringen, sind eben minderwertige Persönlichkeiten, so wäre das durchaus falsch. Der tüchtigste Mann und der beste Lehrer kann in diese Lage kommen. Ich will ja gewiß anerkennen, daß bei der Berufung eines ordentlichen Professors die wissenschaftliche Tüchtigkeit, die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit, die erste und die Hauptrolle spielt; allein, wenn bei verschiedenen Kandidaten eine annähernde Gleichheit in der wissenschaftlichen Leistung vorliegt — dann spielen eben doch auch andere Dinge mit hinein: persönliche Beziehungen, Empfehlungen oder anderes derartiges. Jedenfalls liegen die Dinge heute so, daß ein außerordentlicher Professor, wenn er eine Familie hat, aber kein Vermögen besitzt, auf jede Weise suchen muß, sich Geld zu erwerben; dann kommt es dazu, daß diese Herren Woche für Woche hinausgehen und draußen im Reiche populäre Vorträge halten, nur um etwas zu verdienen, vorausgesetzt, daß sie ein Fach vertreten, das eine allgemeine Zugkraft in sich trägt. Ist das aber nicht der Fall, dann sieht sich der außerordentliche Professor in eine Notlage versetzt, er sieht sich genötigt, Hunger zu leiden; er wird sich durch Privatstunden, oder durch Schreiben von Zeitungsartikeln ein notdürftiges Brot zu erwerben versuchen müssen.

Das ist keine übertriebene Schilderung, sondern das ist bei unserem heutigen Hochschulwesen einfach die nackte Tatsache, und da meine ich, sollte in irgend einer Weise bessernd geholfen werden.

Ich gebe gerne zu, daß die Privatdozenten als die jüngeren, angehenden Gelehrten, vielleicht hier ausgeschloffen werden könnten; ich möchte auch die Aufmerksamkeit des Ministeriums nicht einmal auf alle außerordentlichen Professoren hinlenken; aber ich meine, die älteren und die bewährteren dieser Professoren sollten

in irgend welcher Weise die Hilfe des Staates finden. Unter den älteren Professoren würde ich diejenigen verstehen, die seit mindestens 10 Jahren als Professoren an der Universität doziert haben, und als die bewährten dieser Professoren würde ich diejenigen bezeichnen, die den Nachweis liefern können, daß sie während dieser ganzen Zeit auch wirklich eine entsprechende Zahl von Zuhörern gehabt haben, die also damit den Beweis geliefert haben, daß sie tüchtige Lehrer und ihre Zuhörer auch zu fesseln imstande sind.

Nun höre ich wohl die Einwendungen, die gegen mich gemacht werden können. Man wird sagen, die Dinge, wie sie hier an unseren Hochschulen jetzt bestehen, sind sehr alt, sie sind geschichtlich geworden, warum soll man sie nicht für die Zukunft weiter bestehen lassen? Jedenfalls ist Abhilfe nicht leicht möglich. Ein zweiter Einwurf ist der: diese außerordentlichen Professoren haben mit einzelnen Ausnahmefällen als solche in corpore niemals irgendwelche bedeutende Anstrengung zur Besserung ihrer Lage gemacht; und eine dritte Einwendung wäre vielleicht die, daß man sagt: wenn man auf dem vorgeschlagenen Wege vorranginge, wäre die Folge nur die, daß dem Stande minderwertige Elemente zugeführt würden, die dadurch eingeladen würden, die akademische Laufbahn zu betreten, zu der sie vielleicht von vornherein nicht veranlagt sind.

Nach meiner festen Ueberzeugung sind diese Einwendungen nicht stichhaltig. Es gibt eine Menge von Dingen, die geschichtlich geworden, aber darum noch nicht berechtigt sind, die nicht gut sind, und darum abgeschafft gehören. Wenn man sagt, eine Aenderung kann nicht eintreten, so bestreite ich auch das. Es kann eine Aenderung und Besserung eintreten, selbst ohne direkte materielle Hilfe des Staates; sie kann eintreten, indem der Staat indirekt nur seine Hilfe leiht. Ich meine das so: Wenn man bei der Neuberufung eines ordentlichen Professors in dem abzuschließenden Vertrag bestimmt, daß das Honorar, das eine gewisse Höhe überschreitet, ganz oder teilweise einem Fond zuzuführen ist, der zu Gunsten der älteren und bewährten außerordentlichen Professoren gebildet wird, so wäre das schon ein Weg, auf dem sehr wohl geholfen werden könnte. Und nicht nur das: in den Fällen, wo ordentliche Professoren ein sehr hohes Einkommen haben, könnte sehr wohl bei ihrer Berufung eine Bestimmung getroffen werden, daß ein gewisser Prozentsatz davon diesem Fond zuzuführen müsse. Natürlich diejenigen Professoren, die heute schon in Amt und Würde sind, wären dabei nicht in Betracht zu ziehen; es wäre das eine Maßregel, die nur bei neu abzuschließenden Verträgen in Betracht zu ziehen wäre. Was ich sage, ist nichts Neues; Preußen hat bereits die ersten Schritte auf diesem Wege getan; und im zweitgrößten Staate Deutschlands, ich habe das in der vorigen Woche gelesen, in Bayern, ist eben ein Gesetzentwurf zum Schutze der älteren und bewährten außerordentlichen Professoren in Aussicht gestellt. Baden hat nun stets in der Förderung großer Kulturaufgaben seine Pflicht erfüllt, und ich meine, es sollte am wenigsten hier sich zurückdrängen lassen.

Wenn man sagt, diese außerordentlichen Professoren haben selbst noch nichts zur Förderung ihrer Lage getan, es kann also nicht so schlimm um sie stehen, so antworte ich: Gerade infolge der geschichtlichen Entwicklung unseres Hochschulwesens hat es sich herausgebildet, daß eine ganze Reihe kapitalistischer Elemente unter den Privatdozenten und außerordentlichen Professoren sich befindet, die die Hilfe des Staates nicht brauchen. Bei den Medizimern liegt die Sache so, daß die außerordentlichen Professoren meist ihre Privatkliniken haben, daß sie große Praxiseinkünfte haben und über Einnahmen verfügen, durch die sie vollständig jenen zur Seite treten, die von Hause aus ein großes Vermögen mitgebracht haben. Und zu diesen

allen kommen endlich andere hinzu, welche sich scheuen, hier voran zu gehen, weil sie meinen, es mit den ordentlichen Professoren zu verderben. Gerade im Hinblick auf kommende Berufungen erwarten sie die Empfehlung dieses oder jenes ordentlichen Professors; da wollen sie es nicht mit diesen verderben, darum scheuen sie sich, den Schritt zu tun, den sie an sich gerne tun würden.

Wenn man aber sagen wollte, durch eine außerordentliche finanzielle Hilfe, die man den Extraordinarien gewähre, würden Elemente in die akademische Laufbahn gelockt werden, die gar nicht dahin gehören, so erwidere ich darauf: Wenn ein junger Gelehrter mit Zustimmung der Fakultät und der Regierung sich habilitiert hat, dann kann er ganz minderwertig nicht sein. Ueberhaupt ließen sich ja die beschränkenden Bestimmungen aufnehmen, auf die ich vorhin hingewiesen habe, durch die jeder Mißbrauch ausgeschlossen wäre.

Eine rechtliche Verpflichtung zur Hilfe liegt heute für unseren Staat nicht vor, das gebe ich gerne zu. Aber es gibt nicht nur rechtliche, sondern moralische Verpflichtungen, und ob nicht eine moralische Verpflichtung gerade in der ange deuteten Richtung uns obliegt, das zu beurteilen überlasse ich Ihnen. Man redet heute so gern davon, daß wir in einem sozialen Zeitalter leben, man spricht so viel davon, daß unsere Zeitgenossen mit einem Tropfen sozialen Deles gesalbt seien, daß jeder, der im öffentlichen Leben stehe, sich sozial betätigen müsse. Nun, hier liegt ein Gebiet zur sozialen Betätigung vor! Das soziale Handeln gebührt nicht nur den Arbeitern im engeren Sinne; diese unbezahlten Gelehrten sind auch Arbeiter, wenn sie auch nicht mit der schwierigen Faust ihre Arbeit verrichten, sondern mit ihrem Kopfe, und wenn wir sozial wirken wollen, dann, meine ich, sollte unsere Betätigung hingerrichtet sein auf diese unbezahlten Gelehrten in ihren stillen, bescheidenen Arbeitskammern!

Hg. **Rebmann** (natl.): Es ist heute schon von mehreren Seiten auf die schweren Lasten hingewiesen worden, die unser Land in Erfüllung seiner Kulturaufgaben durch die Unterhaltung der drei Hochschulen auf sich genommen hat. Wenn wir die Entwicklung unserer Hochschulen betrachten, müssen wir besonders das rasche Tempo ins Auge fassen, das unsere Hochschulen in den letzten 2 und 3 Jahrzehnten eingeschlagen haben. Wir sehen, daß das alte Gefüge der vier Fakultäten zum Teil jetzt schon gesprengt ist, aus denen sich unsere alten Universitäten zusammengesetzt haben, infolge der Differenzierung der Arbeit, die in steigendem Maße in den letzten Jahrzehnten eingetreten ist. Wer dem Fortschritt auf den verschiedenen Gebieten folgt, ganz besonders auf dem Gebiete der Naturwissenschaften, der wird sagen müssen, es wird über kurz oder lang die Zeit kommen, wo sich unsere Hochschulen eine andere Organisation werden geben müssen. Wenn das auch nicht Aufgaben sind, mit denen wir uns jetzt beschäftigen müssen, wird man sie doch für die Zukunft im Auge behalten müssen. Bis jetzt, und ich hoffe, daß das noch längere Zeit der Fall sein wird, ist es uns geglückt, die drei Hochschulen auf dem gegenwärtigen Stand zu erhalten und nach allen Gebieten der Wissenschaft hin, die auf ihnen gepflegt werden, gleichmäßig zu fördern. Ob das auch in alle Zukunft der Fall sein wird, das will ich dahingestellt sein lassen.

Einen äußeren Ausdruck findet das Wachstum unserer Universitäten in den Zahlen der Frequenzen. Es gibt ja kein schlagenderes und sprechenderes Beispiel für den Aufschwung, den unser ganzes Hochschulwesen genommen hat. Wer sich erinnert, daß noch vor einem Menschenalter Freiburg 200 bis 300 Studenten gezählt hat, der muß sich doch Gedanken über die heutige Entwicklung unserer Hochschulen machen. Die Zahlen, die uns die Groß. Regierung in den statistischen Tabellen vorgelegt

hat, zeigen, daß beide Hochschulen dieselbe Entwicklung genommen haben, die früher nur eine Hochschule gehabt hat. Die Universität Heidelberg war früher eine ausgesprochene Saisonuniversität; daselbe ist jetzt und zwar in noch höherem Maße mit der Universität Freiburg der Fall. Das erklärt sich zum Teil aus äußeren Gründen, aus den Gründen der Lage. Wenn das in Karlsruhe viel weniger der Fall ist, so scheint es also, daß die landschaftlichen Reize unserer badischen Residenz nicht eine gleiche Anziehungskraft auf die Studenten ausüben, wie das bei unseren beiden Universitäten der Fall ist. Wenn man nun aber die Frequenzen unserer badischen Studenten ansieht, so deuten sie doch auf Vorgänge hin, an denen wir nicht achtlos vorübergehen dürfen. In den Zahlen unserer Studierenden kommt bis zu einem gewissen Grade der Bedarf an Beamten im Staatsbetrieb zum Ausdruck, denn zum großen Teil dienen unsere Hochschulen eben der Ausbildung der Kräfte, die der Staat für seine Verwaltung usw. in Anspruch nimmt. Nun wissen wir ja, daß hier Anfrage und Bedarf sich nicht immer im gleichen Schritt regeln, und daß infolge davon sich Unbequemlichkeiten, ja sogar zum Teil ernste Schwierigkeiten ergeben. Hinsichtlich der Theologen liegen die Verhältnisse besonders, da kann man sagen, es steht die Nachfrage in einem gewissen Verhältnis zu dem, was an jungen Kräften emporkommt. Ganz anders ist es aber auf dem Gebiete der Jurisprudenz und der Medizin. Daß auf diesen Gebieten augenblicklich eine sehr starke Ueberproduktion stattgefunden hat, das wissen wir auch aus den Mitteilungen, die uns schon geworden sind. Es hat sich in der Tat die Lage der jungen Juristen und auch die Lage der jungen Mediziner in einer Weise verschärft, daß man dringend wünschen muß, daß hier eine Aenderung eintritt. Dies scheint hinsichtlich der Juristen bereits der Fall zu sein. Im Wintersemester 1903/04 waren es noch 322 bad. Juristen, im laufenden Semester sind es noch 262, das ist also eine Abnahme von 60. Bei den Medizinern dagegen hat trotz der üblen ökonomischen Lage eine Zunahme stattgefunden. Heute sind es 178, vor zwei Jahren waren es 158. Nun haben diese Zahlen ja bloß einen relativen Wert, insofern als sie gar nichts über diejenigen jungen Leute sagen, die nicht auf einer bad. Universität studieren. Aber das wird im ganzen Zeitraume ungefähr der gleiche Prozentsatz sein, sodaß wir immerhin doch gewisse Winke daraus entnehmen können. Ich bin nun gar nicht so ängstlich hinsichtlich der Ueberproduktion auf einzelnen Gebieten; man wird auch hier sagen können, daß sich diese Ueberproduktion, wo sie vorhanden ist, von selbst regelt.

Erschwert wird das nur auf dem Gebiete der Jurisprudenz dadurch, daß in gewissen Bevölkerungsschichten die Jurisprudenz für die Berufsbestimmung noch als das herkömmliche Studium gilt, was bei anderen Fächern nicht in dem gleichen Maße der Fall ist. Ich glaube nicht, daß ein äußerlicher Eingriff einen Erfolg hätte, und es wird ja genügen, wenn man auf diese Dinge als tatsächlich abspielende Vorgänge hinweist.

Nun noch ein Wort von den ausländischen Studenten. Was darüber im allgemeinen gesagt worden ist, kann man sich wohl zu eigen machen. Dasjenige, was an Kulturgütern von unseren wissenschaftlichen Forschern durch ihre Arbeit geschaffen wird, ist internationaler Besitz, das sind Güter, die der ganzen Menschheit allezeit frei zur Verfügung stehen müssen, wir dürfen also keinerlei Beschränkungen in der wissenschaftlichen Forschung, in ihrer Verwertung und Verbreitung, auch nicht in den Hörsälen unserer Hochschulen eintreten lassen. Hier sind wir ebenso sehr die Gebenden wie die Empfangenden, wir haben ebenso viel in wissenschaftlicher Hinsicht von fremden Hoch-

schulen bekommen und bekommen Tag für Tag, als wir abgeben. Das bestimmt unsere Stellung den ausländischen Studenten gegenüber, gegen die wir jedenfalls — und das scheint auch die Meinung des Hauses zu sein — keinerlei einschränkende Maßregeln treffen wollen, soweit es sich nur um Hören von Vorlesungen handelt; hier kann es sich ja nur darum drehen, daß man aus einem kleineren Hörsaal in einen größeren überzieht. Ganz anders ist es aber hinsichtlich der praktischen Arbeiten und Übungen in den wissenschaftlichen Instituten: Da kann ich nur meine Zustimmung aussprechen zu dem Vorgehen der Großh. Regierung in dem Sinne, daß den ausländischen Studenten ein höherer Honorarbetrag abgefordert wird als Kompensation für die tatsächlichen Ausgaben, die hier geleistet werden. Aber auch nach einer anderen Richtung hin halte ich es für nützlich, wenn unseren deutschen Studenten — denn für die haben wir doch in erster Reihe unsere Hochschulen — nach allen Richtungen hin ermöglicht wird, in allen wissenschaftlichen Instituten zu arbeiten. Es ist eine Erfahrungstatsache — und man kann ruhig sagen, es sind hauptsächlich die russischen Studenten, um die es sich handelt, also vielfach heimatlose junge Leute, die auch während der Ferien sich auf den Universitäten aufhalten, und nun schon vor Beginn der Vorlesungen die Plätze in den Laboratorien und Übungssälen belegen — daß dann unsere deutschen Studenten, wenn sie kommen, diese Plätze schon besetzt finden. Ich will nun nicht der Bummelerei und der groben Leichtfertigkeit der Studenten, die da und dort wohl dahinter stehen mag, das Wort reden, aber wir alle, die wir auf der Universität gewesen sind, wissen wie das zugeht. Wenn die Tatsachen so sind, daß der Student, der am zweiten oder am dritten Tage nach der nominellen Eröffnung des Semesters kommt, sämtliche Plätze belegt findet, so ist das ein ernsthafter Uebelstand, und ich möchte die auch schon angeregten Maßnahmen befürworten, daß die nicht-deutschen Studenten — und vielleicht kann man da für die österreichischen Studenten eine Ausnahme machen — eine Frist einhalten müssen, innerhalb der das Belegen der Plätze in den wissenschaftlichen Laboratorien den deutschen Studenten vorbehalten ist.

Ebenso wird es gut sein, wenn man sich, wie das auch schon geschehen ist, auch um die Vorbildung der jungen Leute kümmert, die aus dem Auslande kommen. Es hat tatsächlich in den Kreisen nicht bloß der Studierenden, sondern auch gerade unserer Lehranstalten, besonders Real-Mittelschulen, zu einer Zeit, in der sie selbst in ihren Berechtigungen noch beschränkt waren, ernsthafte Verstimmung hervorgerufen, daß man diesen Ausländern, die mit einem nominellen Gymnasialreisezeugnisse kommen, den vollen Zutritt zu allen Studien gestattet hat; es hat sich herausgestellt, daß besonders die russischen Studenten auf einer so tiefen Stufe ihrer Vorbildung stehen, daß sich ernsthafte Schäden und Schwierigkeiten für die Ausgestaltung des akademischen Unterrichts ergeben haben.

Wenn der Herr Abg. Fehrenbach hinsichtlich der studentischen Korporationen das Kriegsbeil begraben gelassen hat, so wollen wir ihm ganz gern auf diesem Wege folgen.

Es soll aber damit nicht ausgesprochen sein, daß wir unsere prinzipielle Stellung dieser Frage gegenüber in irgend einer Weise geändert haben; wir können dem Standpunkt, den der Herr Staatsminister entwickelt hat, durchaus und in allen Stücken beitreten, dahingehend, daß wir das Bestehen der konfessionellen Verbindungen als ein Zeichen tiefgehender konfessioneller Spaltung auf das Tiefste bedauern, daß wir es aber ablehnen müssen, mit Zwang gegen sie vorzugehen. Auch uns erscheint die akademische Freiheit nicht bloß äußerlich, sondern auch innerlich so hoch und bedeutend, daß man nur mit zarten Händen an dieses köstliche Gut rühren darf.

Ich möchte nun noch mit wenigen Worten auf einige Einzelwünsche eingehen. Was die Universität Heidelberg betrifft, so hat ja das Krebsinstitut und das, was damit zusammenhängt, lebhafteste Anerkennung und lebhaftesten Dank für die hochherzige Gesinnung gefunden, aus der es hervorgegangen ist. Ich möchte mich dem nur in allen Dingen anschließen und noch daran erinnern, daß noch ein zweites Institut in Heidelberg ist, das in ähnlicher Weise sich großartiger Schenkungen zu erfreuen gehabt hat. Das ist das astro-physikalische Institut oben auf dem Königstuhl, das schon seit einer Reihe von Jahren mit Schenkungen von außerordentlich kostbaren Instrumenten bedacht worden ist. Dieses Institut ist unter den Händen eines Direktors zu einem wissenschaftlichen Institut ersten Ranges geworden. Man kann ruhig sagen: der Gelehrte, der an seiner Spitze steht, besitzt heute einen Welt Ruf; er ist anerkannt als der erste Gelehrte auf seinem Gebiete, insbesondere auf dem Gebiete der Himmelsphotographie. Das ist ein Gebiet, auf dem nicht bloß hinsichtlich der äußerlichen Aufgaben, also hinsichtlich der Aufnahme von Photographien des Himmels, große Fortschritte gemacht worden sind, sondern mit Hilfe dieser Methode sind die höchsten Aufgaben auf diesem Gebiete gerade durch die Arbeiten des Herrn Prof. Wolf einen ganz wesentlichen Schritt ihrer Lösung näher geführt worden. Ich möchte die Gr. Regierung eruchen, den größeren und kleineren Sorgen gerade dieses Instituts, so insbesondere auch hinsichtlich der Anstellung und Unterbringung eines dritten Assistenten eine sorgfältige Erwägung zuzuwenden, eben mit Hinblick darauf, daß hier ein Institut ist, das zum Ruhm der badischen Hochschulen und der auf ihnen gepflegten Wissenschaften einen ganz ansehnlichen Beitrag geleistet hat. Ebenso kann ich mich auch den Bitten um eine Beschleunigung der Herstellung des laryngologischen Instituts anschließen. Man kann es in der Tat dem Gelehrten, der die Laryngologie in Heidelberg pflegt, nur wünschen, und auch aus dem Grunde wünschen, weil er eben nicht mehr in seiner ersten Jugend sich befindet, daß er es recht bald erlebt, für seine so segensreiche Wirksamkeit auch die nötigen geordneten äußeren Verhältnisse bald zu bekommen.

Was nun die Frage der Volkshochschulkurse anbelangt, so habe ich mich schon seit längeren Jahren aus rein theoretischen und allgemeinen Erwägungen sehr lebhaft für diese Frage interessiert. Ich habe f. Bt. auch tätig mitgewirkt an der Instandsetzung und Abhaltung dieser Volkshochschulkurse. Man kann ja nur den dringendsten Wunsch haben, daß die Ergebnisse der Wissenschaft in möglichst weitem Umfang weiteren Kreisen des Volkes zugut kommen mögen. Deswegen bin ich dafür, daß man diesen Volkshochschulkursen jede nur denkbare Förderung angebeihen läßt. Ich kann aber doch nicht verschweigen, daß mir Zweifel gekommen sind, ob diese Arbeit in ihrer jetzigen Form noch einer Ausdehnung fähig ist. Sie hat sich bis jetzt beschränkt auf die Universitätsstädte und deren engste Nachbarschaft, wie z. B. von Heidelberg aus die Sache nach Mannheim hinüber gegriffen hat. Aber ich meine, so wie die Organisation jetzt ist, sind ihr ganz enge Grenzen gegeben, Grenzen, die in der Natur der Sache, in der Zahl der Dozenten liegen, die überhaupt an den Universitäten vorhanden sind, in der Zahl vor allem derjenigen Dozenten, die gewillt sind, diese Arbeit auf sich zu nehmen. So ist es vielleicht erklärbar, daß diese Volkshochschulbewegung nicht den Umfang erreicht hat, den man ihr von Anfang an gewünscht hat, und den man ihr auch heute noch wünschen muß. Wenn man dem so außerordentlich guten und gesunden Gedanken, der in ihr steckt, diejenige Ausdehnung geben will, nämlich, daß diese Volkshochschulkurse etwas sein sollen, was für weite Kreise unseres Volkes befruchtend,

anregend und nützlich wirken soll, so wird man die Sache vielleicht auf einen anderen Boden stellen müssen. Denn ich muß nochmals sagen: die Zahl von Hochschuldozenten, die wir überhaupt haben, und die gewillt sind, sich an der Arbeit zu beteiligen, ist ganz und gar nicht in der Lage, diese ungeheure Arbeit zu leisten, die wir wünschen und die wir im Interesse des Volkes für erforderlich halten. Es ist ja hier nicht der Ort, konkrete Vorschläge zu machen. Aber das kann man doch sagen, daß man in dem Stadium, in dem die Sache jetzt sich befindet, der Sache selbst im Interesse der künftigen Entwicklung, die sie nehmen soll und hoffentlich auch nehmen wird, jede nur denkbare Unterstützung zuteil werden lassen sollte. Ich möchte deshalb von diesem Standpunkt aus die Anregung, die der Herr Abg. Frant gegeben hat, durchaus befürworten.

Was nun die besonderen Angelegenheiten der Freiburger Hochschule betrifft, so bewegt sich ja da die Schaffung der neuen Professur für Geographie und Mineralogie in der Richtung, die ich erst angedeutet habe, in der einer weiteren Spaltung der einzelnen Lehrfächer. Insofern ist es ja ein natürlicher Vorgang, daß es möglich gewesen ist, gerade für diese zwei Fächer die nötigen Mittel zu schaffen, dafür sei auch hier der Dank ausgesprochen. Wenn nun der Herr Abg. Fehrenbach warnend darauf hingewiesen hat, daß man hinsichtlich der Schaffung von neuen wissenschaftlichen Instituten den richtigen Zeitpunkt nicht verpassen sollte, so halte ich den Gedanken für durchaus richtig. Wir werden deshalb der Groß. Regierung besonders dankbar sein, daß sie zwei Institute besonders gefördert hat. Es ist das die Augenklinik und es ist die Frauenklinik in Freiburg. Hinsichtlich der Frauenklinik ist manches schon gesagt worden, dem man ja nur zustimmen kann. Ich kann selbst sagen, daß mit der Umänderung der Frauenklinik, die geschehen ist, nun in der Tat ein Institut geschaffen ist, das auf der Höhe der Wissenschaft steht und das nach seiner äußeren Ausstattung für absehbare Zeit auch auf dieser Höhe bleiben kann. Hinsichtlich des früheren Vertreters dieses Faches wie auch des früheren Vertreters der Augenheilkunde hat seiner Zeit der Herr Kollege Fehrenbach schon warme Worte des Dankes und der Anerkennung gefunden, denen ich mich auch hier nur durchaus anschließen möchte. Ich hoffe ferner, daß die neue Augenklinik auch so gefördert werden möge, daß dieses neue segensreiche Institut in möglichst kurzer Zeit zur Verfügung stehen wird.

Was nun die Verlegung der Irrenklinik anbelangt, so ist das eine von den Schmerzen, die die Stadt Freiburg schon seit längerer Zeit bedrücken. Die Irrenklinik ist in einer ganz ähnlichen Lage wie das Landesgefängnis. Es legt sich wie ein breiter schwerer Klotz an einer ganz bestimmten Stelle vor die Entwicklung der Stadt hin und hemmt sie. Das Landesgefängnis werden wir ja sobald leider Gottes nicht von seinem Platz bringen können. Das steht fest in seinen Mauern, die es von allen Seiten festungsartig umschließen. Eine andere Frage ist es mit der Irrenklinik.

Daß die Irrenklinik in der Tat eine erhebliche Störung besonders für die Nachbarschaft ist, das habe ich am eigenen Leibe erfahren; ich habe jahrelang in der Nähe gewohnt, und ich muß sagen, daß es kein erfreulicher Anblick ist, wenn man beim Vorübergehen diese ganz- und halbhirnen Menschen an den Stäben der Gitter kleben sieht, wenn man die gewalttätigen Irren schreien hört, wie das auch heutzutage noch der Fall ist. Wenn man weiter bedenkt, daß die Irrenklinik in derjenigen Gegend von Freiburg liegt, die in absehbarer Zeit die schönste Gegend der ganzen Stadt sein wird, so kann man es nur lebhaft befürworten, daß der Plan, der ja schon ventiliert worden ist, ausgeführt wird. Daß dabei noch ein gutes Geschäft gemacht werden kann, darüber ist ja keinerlei Zweifel; die Zahlen, die der

Herr Kollege Obkircher uns angeführt hat, zeigen ja, daß es in der Tat sich hier um Baugelände in der besten Lage handelt und in einem solchen Umfange, daß die Verlegung der ganzen Klinik ohne sehr erhebliche Kosten sich wird veranlassen lassen. Zu wünschen wäre nur, wenn man die Klinik doch weiter hinausrückt, sie nicht so ferne von den modernen Verkehrsmitteln, also von der Trambahn, wegzubauen, sodaß sie für Studenten und Lehrer dann noch leicht erreichbar ist.

Nun hat der Herr Kollege Fehrenbach noch einen Wunsch ausgesprochen hinsichtlich des Personals an den Bibliotheken, einen Wunsch, dahingehend — wenn ich ihn recht verstanden habe — daß auch ein Theologe als Bibliothekar angestellt werde. Ich glaube, man wird um diesen Wunsch herumkommen, wenn man sich überhaupt die Entwicklung unseres Bibliothekwesens klarlegt. Die Vermehrung der Bücherschätze insgesamt, d. h. die Vermehrung der Zahl der Bücher, die überhaupt gedruckt werden, ist ja eine so ungeheuerliche, daß unsere Bibliotheken nicht imstande sind, ihr irgendwie zu folgen. Wenn wir die beiden Häuser ansehen, die dafür gebaut sind in Freiburg und Heidelberg, so stehen sie auch so fest und unerweiterbar in ihren Mauern, daß man, wie auch schon bei der Schaffung dieser Bibliotheken ausgesprochen wurde, sich damit vertraut machen muß, daß sie nur eine bestimmte Anzahl von Büchern zu fassen imstande sind. Es ist ja nicht die Anzahl der Einzelwerke, die die Schwierigkeiten macht; vielmehr sind es die fortlaufenden Werke, die Zeitschriften, die Jahresberichte der wissenschaftlichen Gesellschaften usw., die einen immer wachsenden Raum beanspruchen.

Nun sehen wir, daß die einzelnen wissenschaftlichen Institute einen Teil der Bücherschätze an sich ziehen, daß sie alle Spezialwerke oder wenigstens diejenigen Werke, die für die wissenschaftliche Forschungen, für die Arbeiten in den Seminarien notwendig sind, in ihre Sonderbibliotheken hereinnehmen und dadurch die allgemeine Bibliothek entlasten. Das ist in den beiden Universitätsstädten schon in einem erheblichen Maße geschehen und gibt uns den Fingerzeig für die weitere Entwicklung in der Art, daß einmal eine allgemeine Bibliothek besteht, die für die allgemeinen Fragen in den einzelnen Wissenschaften die nötigen Bücherschätze anschafft, daß aber vor allen Dingen die einzelnen Institutsbibliotheken, die für die wissenschaftliche Spezialforschung bestimmt sind, noch weiter ausgebildet werden. Dadurch kann die Entwicklung der allgemeinen Bibliothek in gewissen mäßigen Grenzen gehalten werden.

Wenn nun insbesondere das theologische Seminar in die Lage versetzt wird, die für die Spezialarbeiten notwendigen Werke an sich zu ziehen, und wenn diese Spezialbibliothek für besondere wissenschaftliche theologische Forschungen weiter ausgestaltet wird, so wird man vielleicht auf diese Weise auch materiell dem Wunsche Genüge leisten können, den Herr Kollege Fehrenbach ausgesprochen hat.

Wenn ich nun schließlich noch mit einigen Worten auf das neue Kollegienhaus in Freiburg zu sprechen komme, so kann ich dem Herrn Staatsminister nur den Dank aussprechen, daß es gelungen zu sein scheint, einen Teil der Schwierigkeiten zu überwinden, die sich dem Beginn der Bauarbeiten entgegenstellten. Wir verkennen durchaus nicht, daß besonders auch die rechtlichen Schwierigkeiten erheblich waren. Es liegt ja ein eigener Unstern über den Staatsbauten, die in Freiburg ausgeführt sind; ich darf ja nur das Wort „Bibliotheksgelände“ aussprechen. Auch das neue Lehrerseminar hat unter dem großen Maurerstreik gelitten und wochen- und monatelang stillgelegen. Und nun kommt bei dem neuen Kollegienhaus, wo ja allerseits der beste Wille vorhanden ist, die Sache soviel als möglich zu fördern, diese neue und große

Schwierigkeit. Ich möchte nur den Wunsch aussprechen, daß die Großh. Regierung in dieser Richtung tätig sein und die jetzt verlorene Bauzeit möglichst wieder einzuholen bestrebt sein möge.

Wenn im ganzen unsere Verhandlungen heute sehr friedlich verlaufen sind, so darf uns das alle mit einem Gefühl der Freude erfüllen, darüber, daß wir auf diesem Gebiete, auf dem uns noch eine große und schwere Kulturaufgabe zu leisten obliegt, im ganzen eines Sinnes gewesen sind; das entspringt aus der Gesinnung, die wir alle gegen unsere Hochschulen hegen, und dem ernsthaften Willen, den wir alle in gleichem Maße haben, dieses hohe Gut nationalen Besitzes, das wir in unseren Hochschulen haben, zu schätzen und zu erhalten. Wir sind alle bereit, zum Besten des Landes nicht nur, sondern zum Besten der ganzen Welt das Nötige zu tun, um unsere Hochschulen auf ihrer Höhe zu halten, und damit dem Ruhmestitel, den die deutsche Nation in ihnen schon seit langen Jahren besitzt, ein neues Blatt hinzuzufügen.

Abg. Dr. Seimburger (Dem): Der Herr Berichterstatter hat seinen Vortrag damit begonnen, daß er den Wunsch der Mehrheit der Budgetkommission zum Ausdruck gebracht hat, der auf eine Organisationsänderung in unserem Unterrichtswesen geht. Man wünscht in erster Reihe prinzipiell die Schaffung eines besonderen Unterrichtsministeriums, in zweiter Reihe, wenn das nicht zu erreichen ist, die Umbildung des Ober Schulrats in eine selbständige Abteilung des Ministeriums. Bei der Großh. Regierung und bei der rechten Seite des Hauses hat dieser Wunsch wenig Gegenliebe gefunden. Es ist vom Herrn Abg. Fehrenbach darauf hingewiesen worden, daß wir dann für unser kleines Land zu viel Ministerien bekämen. Es ist insbesondere von ihm der finanzielle Gesichtspunkt hervorgehoben worden, und auch der Herr Minister ist in diesem Punkte seinem Beispiel gefolgt.

Ich glaube nun nicht, daß die Schaffung eines selbständigen Unterrichtsministeriums wirklich ein großer Luxus wäre. Das Unterrichtswesen ist in den letzten Jahrzehnten nicht nur an Umfang ganz gewaltig gewachsen, sondern es hat auch eine solche Vielgestaltigkeit angenommen, die sich auf alle Gebiete des Lebens erstreckt, daß es die Arbeitskraft eines Mannes schon in Anspruch nehmen würde, wenn er sich wirklich in alle Einzelheiten vertiefen und auch als Reformator auf diesem Gebiete auftreten wollte.

Was die finanzielle Seite betrifft, so scheint mir, daß eine besonders große Mehrbelastung dabei nicht herauskommen wird. Man hat darauf hingewiesen, ein neues Ministerium wäre für unser kleines Land zu viel. Ja, wir haben ja schon einen fünften Minister; wenn dieser Minister zu viel wäre, hätten die Herren, die so auf Sparsamkeit dringen, dort ihren Widerspruch erheben müssen, als man einen weiteren Minister suchte, ihm aber kein Ministerium gab. Wir sind also in der merkwürdigen Lage: auf der einen Seite wäre eigentlich das Ministerium vorhanden, es wären genug Verwaltungsaufgaben da, auf der anderen Seite haben wir auch einen Minister, aber sie können zusammen nicht kommen, das Wasser ist viel zu tief, das sie von einander trennt (Getrenntheit). Ich meine, da wäre es natürlich, daß man gelegentlich einer Organisationsänderung dem Minister das zugehörige Ministerium gibt, und ich glaube, die Aufgaben würden kaum größer werden.

Wir haben ja das vollständige Personal für das neue Ministerium, den Minister haben wir auf der anderen Seite auch, ich weiß also wirklich nicht, woher die ungeheuren Mehrkosten kommen sollten. Ich erinnere mich sehr gut der früheren Zeiten: Als ich in dieses Haus

eintrat, hatten wir in Baden nur drei Minister und es wurde — es wird im Jahre 1891 gewesen sein — ein viertes Ministerium geschaffen und gegenüber oppositionellen Regungen in diesem Hause von der Regierungsbank ausgesprochen: Mehrkosten macht es kaum, wir brauchen bloß den bisherigen Ministerialdirektor zum Minister zu machen und alle Mehrkosten sind gedeckt. Diesmal brauchen wir nicht einmal einen Ministerialdirektor zum Minister zu machen, wir hätten den Minister, wir brauchen ihn bloß an den richtigen Platz zu stellen, und die ganze Organisation wäre geschaffen.

Der Herr Abgeordnete Fehrenbach sagt nun, in anderen Staaten von der Größe unseres Landes habe man auch nicht ein besonderes Unterrichtsministerium. Als der Herr Minister ihm gegenüber dasselbe Argument brauchte, als der Herr Kollege Fehrenbach zwei weitere ordentliche Professorenstellen in Freiburg haben wollte und der Herr Minister desgegenüber darauf hinwies, daß wir eigentlich so viel ordentliche Professorenstellen hätten, wie die theologischen Fakultäten an anderen Universitäten auch, da hat der Herr Kollege Fehrenbach dieses Argument nicht gelten lassen wollen, er hat gesagt: „Ja, können wir in Baden denn auch nicht einmal an der Spitze marschieren und vorangehen? (Seiterkeit). Was für die theologische Fakultät recht ist, könnte für das Unterrichtsministerium nur billig sein. Können wir nicht auch da einmal vorangehen und an der Spitze marschieren? Ob der Kultus noch mit dem Unterricht verbunden werden soll, wäre eine Frage, über die wir uns nicht sehr streiten werden. Es ist wahr, in allen übrigen Staaten ist der Kultus mit dem Unterricht verbunden. Das erklärt sich aus der ganzen historischen Entwicklung, die das Unterrichtsweisen in Deutschland durchgemacht hat. Aber es ist damit nicht gesagt, daß das für alle Zukunft so sein soll. Immerhin kann man darüber reden, und ich glaube, wenn nur unsere anderen Wünsche erfüllt würden, so wären wir schon zufrieden.

Aber nicht nur gegen die Schaffung eines besonderen Unterrichtsministeriums hat sich der Herr Minister und mit ihm der Herr Abg. Fehrenbach gewandt, sondern auch dagegen, daß der Ober Schulrat aufgehoben und dafür eine selbständige Abteilung im Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts geschaffen werden soll. Von dem Herrn Abg. Fehrenbach ist darauf hingewiesen worden, die logische Folge wäre dann, daß nun auch die anderen Mittelstellen aufgehoben werden müßten. Ich sehe wirklich nicht ein, warum das die logische Folge sein soll. Wenn sachliche Gründe dafür sprechen, daß eine Mittelstelle aufgehoben wird, so ist damit noch nicht gesagt, daß alle anderen auch aufgehoben werden müssen. Wir haben ja auch keine solche Zentralstelle für Justiz und Verwaltung, und es geht auch ganz gut. Also, diese logischen Folgerungen kann ich nicht anerkennen; es scheint mir diese Folgerung mehr das Kind des Wunsches zu sein, die Forderung selbst abzulehnen.

Die jetzige Organisation hat zweifellos Mängel im Gefolge. Es ist mit Recht von dem Herrn Berichtstatter hervorgehoben worden, daß die Schulmänner, daß der ganze Ober Schulrat nicht das Gewicht hat in der Regierung, das nach der Wichtigkeit der Verwaltung, die ihm untersteht, ihm zukommen sollte. Das ist ganz natürlich; was im Interesse des Unterrichtswezens gefordert werden muß, fordert zunächst der Ober Schulrat, dann wird es ans Ministerium übergeleitet und dort wird mit dem Notstift gearbeitet, und wenn der Herr Minister in das Gesamtministerium kommt, wo auch der Herr Finanzminister dabei ist, wird noch einmal mit dem Notstift gearbeitet, und durch diese doppelte Arbeit scheint mir eben manchmal die Sache etwas zu kurz zu kommen. Der Ober Schulrat — man darf das sagen, ohne jemand zu nahe zu treten — ist nicht diejenige Behörde, die sich einer großen Belieb-

heit im Lande erfreut, und ich glaube, das kommt weniger von der Tätigkeit oder Untätigkeit des Ober Schulrates selber her, sondern eben von dieser unglückseligen Mittelstellung, die er in unserer Verwaltung einnimmt. Er hat eigentlich die Rolle eines Puffers zu spielen, zwischen unten und oben. Für das, was im Unterrichtswezen geschieht und unterlassen wird, wird der Ober Schulrat verantwortlich gemacht, dafür wird auf den Ober Schulrat losgehauen, und in vielen Fällen — davon bin ich fest überzeugt, ich habe auch schon konstatieren können, daß das tatsächlich so ist — ist nicht der Ober Schulrat diejenige Behörde, die das getan oder unterlassen hat, sondern die dem Ober Schulrat vorgelegte Behörde, aber die Ausführung ist dem Ober Schulrat übertragen; und auf den wird die Verantwortung geworfen. Das würde zweifellos besser werden, wenn wir eine Abteilung im Unterrichtsministerium selber hätten, wo mit größerem Gewicht auch die Interessen der Schule vertreten werden könnten.

Wir haben ja kein natürliches Mittel, eine solche Organisationsänderung herbeizuführen; wenn wir aber immer und immer wieder darauf zurückkommen, so glaube ich, wird das hoffentlich nicht ohne Einbruch bleiben. Ich glaube, es wird immerhin zu Erwägungen im Schoße der Regierung führen, und es wird vielleicht auch der Herr Unterrichtsminister schließlich auch einmal vielleicht zu einer anderen Ansicht hierüber kommen.

Der Herr Minister hat vor allem darauf hingewiesen, das jetzige System habe keinen Nachteil insofern, als die Schule doch nicht zu kurz kommt. So ist es doch nicht ganz. Ich erinnere an jene Zeit, als der erste Beamtengehaltstarif geschaffen wurde, und ich erinnere daran, wie damals die akademisch gebildeten Lehrer gegenüber den Juristen und den anderen akademisch gebildeten Beamten behandelt wurden; ich erinnere daran, daß nicht auf die Initiative der Großh. Regierung, sondern nur auf das energische und unablässige Drängen dieses Hauses hin das Unrecht, das damals den akademisch gebildeten Lehrern gegenüber den anderen Beamten mit derselben Vorbildung getan wurde, wieder gut gemacht wurde. Ich bin fest überzeugt, wenn sie einen Minister zu ihrer Vertretung gehabt hätten, so wäre das von vornherein anders geworden. Ich erinnere auch daran, wie man nicht nur im Volksschulwesen hinten an geblieben ist, sondern auch im Mittelschulwesen jahrelang eine sogenannte „Praktikantenwirtschaft“ gehabt hat. Dieser Vorwurf trifft nicht den jetzigen Herrn Minister — das möchte ich ausdrücklich konstatieren — es war vor seiner Amtsführung, aber ich erinnere daran, wie man damals, wo die Schulen an Ausdehnung zugenommen haben und immer weitere Klassen geschaffen wurden, nicht auch dazu übergegangen ist, weitere etatmäßige Stellen zu schaffen, sondern mit Praktikanten weiter gewirtschaftet hat, so daß endlich auf Drängen dieses Hauses Wandel geschaffen werden mußte; daß man dann erst dazu gekommen ist, da, wo tatsächlich etatmäßige Stellen notwendig waren u. nach der Natur der Sache gefordert werden mußten, sie wirklich, wenn auch in bescheidenem Umfang anzufordern.

Also sachliche Gründe, eine Aenderung eintreten zu lassen, wären schon vorhanden, aber, wie gesagt, ich verschließe mich nicht ganz der Hoffnung, daß auch der Herr Minister schließlich im Laufe der Zeit eine andere Stellung einnehmen wird, als es heute der Fall ist.

Ueber unsere Hochschulen ist ja nicht viel weiter zu sagen, nachdem sie von allen Seiten die verdiente Anerkennung gefunden haben, und nachdem ja auch von allen Seiten der gute Wille gezeigt und betätigt worden ist, sie auf der Höhe zu halten, auf der sie stehen.

Man hat allerdings auch darauf hingewiesen, eine wie schwere Last die drei Hochschulen für unser kleines Baden sind, und wenn wir uns mit anderen deutschen Bundes-

staaten vergleichen, läßt sich das ja nicht ohne weiteres abweisen. Aber man darf doch darauf hinweisen, daß im Verhältnis zur Einwohnerzahl die Schweiz doch eine viel größere Anzahl von Universitäten hat, als wir (Zürich), und daß es nicht so gänzlich unerhört ist, daß wir diese Last tragen müssen. Es mögen auch unsere Hochschulen besser ausgerüstet sein, als die Schweizer — das ist zweifellos der Fall; aber immerhin darf man doch auch darauf hinweisen: es sind sechs Universitäten und auch eine technische Hochschule in der Schweiz, was immerhin mit uns in Vergleich gestellt werden kann.

Ueber die Frage der konfessionellen Verbindungen, glaube ich, brauchen wir uns heute nicht ausführlich auseinanderzusetzen. Prinzipiell haben wir uns vor zwei Jahren auseinandergesetzt. Darüber sind wir wohl alle einig, daß auch in dieser Frage der akademischen Freiheit kein Eintrag getan werden solle. Auch diejenigen, welche diese oder jene Art von Verbindungen nicht gerne sehen, kommen nicht etwa dazu, zu verlangen, daß man von oben eingreife, und sie kommen nicht dazu, die Studenten in ihrem freien Koalitionsrecht, nach welcher Seite sie das auch betätigen wollen, einschränken zu wollen.

Gegen einen Ausspruch des Herrn Kollegen Lehrenbach möchte ich hier wenigstens einigen Widerspruch erheben. Er hat gemeint: wir seien doch alle einig, daß man die Politik von den Studenten fern halten solle. Wenn er nun damit gemeint hat, daß die Studenten nicht politische Agitatoren sein, daß die einzelnen studentischen Verbindungen sich nicht zu politischen Klubs und zu Agitationskomitees auswachsen sollen, könnte ich mich schon darin mit ihm einverstanden erklären. Aber sonst meine ich, im allgemeinen hat der Staat schließlich nicht die Aufgabe, zu sorgen, daß den Studenten alle Politik fern gehalten wird. Ich meine, es wäre viel mehr an der Zeit, zu sagen: die Studenten sollen sich etwas mehr um Politik und soziale Fragen kümmern, als das jetzt der Fall ist. Wenn man Gelegenheit hat, in studentischen Kreisen zu verkehren, trifft man oft auf eine ganz erstaunliche Unwissenheit in politischen Dingen; die Studenten wissen oft über Dinge nicht zu urteilen, die ihnen jeder organisierte Arbeiter erklären könnte — und wenn man bedenkt, daß das die Leute sind, aus denen nachher die Führer der Nation hervorgehen sollen: Leute, die als Richter, Verwaltungsbeamte usw. sich mit diesen Fragen beschäftigen sollen, so ist das ein Zustand, wie er nicht wünschenswert ist. Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Studenten sich etwas mehr für diese politischen Fragen interessieren würden. Vielleicht würde es dann auch dazu kommen, daß wir nicht immer zu beklagen hätten, daß ein großer Teil der Gebildeten es für vornehm hält, sich an den politischen Kämpfen nicht zu beteiligen, und infolgedessen sehr oft die Führung in den politischen Zentren Elementen überläßt, die dazu eigentlich nicht befähigt sind (Sehr gut!).

Ueber die studentischen Ausschüsse sind wir auch so weit einig, daß wir sagen: die Studenten sollen nicht gezwungen werden, Ausschüsse zu bilden — es soll ihnen aber auch nicht verboten werden; ich halte es da allerdings auch für das Beste, wenn man sie ihrem freien Willen und dessen Betätigung überläßt.

Dagegen scheint mir die Anregung des Herrn Kollegen Frank durchaus beachtenswert: daß man ein gewisses Auge auf das Finanzgebahren der Ausschüsse haben muß. Es ist das deswegen berechtigt, weil doch auch der Staat seinen Arm dazu leiht, daß diese Beiträge zwangsweise erhoben werden; deshalb hat der Staat gewiß auch ein Recht und die Pflicht, da eine gewisse Aufsicht zu führen. Ich will nicht in alle Einzelheiten eingehen. So ganz harmlos ist die Sache nicht. Der Herr Kollege Frank hat nur ein Beispiel angeführt; es

sind aber auch schon andere Sachen vorgekommen. Wenn z. B. ein Studentenausschuß glaubt, im Interesse der Repräsentation eine Ausfahrt nach einem benachbarten Kurort machen, dort ein Festmahl halten zu sollen, alles auf Kosten der übrigen Studentenschaft, und dann noch dazu übergeht, einem, der gerade keine Zeit hatte, um dieses Vergnügen mitzumachen, denjenigen Betrag auszubezahlen, die auf ihn entfallen wäre, so ist das ein Zustand, bei dem der Wunsch angebracht ist, daß man solchen Dingen ein Ende macht.

Von den Wünschen, die wegen Errichtung weiterer Lehrstühle geltend gemacht worden sind, will ich besonders den Wunsch unterstützen, daß in Heidelberg eine ständige Klinik für Laryngologie errichtet wird. Seit es mir denkt, wird auf jedem Landtag dieser Wunsch hier in diesem Hause erhoben; die Regierung sagt auch immer eine „wohlwollende“ Prüfung zu, und es wird immer in Aussicht gestellt, daß „eventuell auf dem nächsten Landtag“ dieser Wunsch in Erfüllung gehen kann. Ich meine, der Vertreter dieser Wissenschaft in Heidelberg, der doch eine Persönlichkeit ist, die geradezu europäischen Ruf genießt, könnte Anspruch darauf machen, daß man diesen berechtigten Wunsch auch einmal erfüllen würde; und es wäre doch schön, wenn wir einmal den wirklichen „nächsten“ Landtag erleben würden, auf dem dieser Wunsch auch tatsächlich in Erfüllung ginge.

Was die Freiburger Wünsche betrifft, so möchte ich mich in die theologischen Angelegenheiten nicht gerne einmischen. Ich verstehe auch viel zu wenig von Theologie, um mir hier irgendwie ein Urteil erlauben zu können. Das eine scheint mir allerdings: Wenn für die Errichtung eines Lehrstuhles für ägyptische Archäologie das Legat, das Professor Kraus gestiftet hat, ausreicht, dann sehe ich nicht ein, warum man nicht dazu übergeht, das auszuführen und seinem Schüler eine Professur zu geben.

Ein sehr wunder Punkt ist von dem Herrn Kollegen Quenzer berührt worden: das ist die Lage der außerordentlichen Professoren und der Privatdozenten. Es ist leider Gottes jetzt Tatsache, daß die akademische Laufbahn, vielleicht mit Ausnahme der medizinischen, tatsächlich zu einem Privilegium des Reichthums geworden ist; es kommt nicht so sehr auf die wissenschaftliche Tüchtigkeit, als eben darauf an, daß jemand das nötige Geld hat, um, nachdem er sich habilitiert hat, die nötige Anzahl Jahre von seinem Privatvermögen leben zu können und nicht auf die Einnahmen eines Amtes angewiesen zu sein. Ich verkenne aber nicht, daß es außerordentlich schwierig ist, hier Abhilfe zu schaffen. Es wird dies auch nicht möglich sein, von uns aus in Baden allein vorzugehen. Es könnte das doch wohl nur geschehen, wenn durch eine Verabredung der gesamten Regierungen die Universitäten deutscher Jungen gemeinsam vorzugehen versuchten. Der Gegenstand ist aber, meine ich, immerhin so wichtig, und der Mißstand wird immer dringender, und ist schon so dringend geworden, daß es wirklich an der Zeit und kein Luxus wäre, wenn die Regierungen einmal diesen Punkt ins Auge fassen und durch gemeinsames Vorgehen hier Abhilfe schaffen wollten.

Ministerialrat Dr. Böhm: Der Punkt, den der geehrte Herr Vorredner zum Schluß erwähnt hat, und der in ausführlicher Weise von dem Herrn Abg. Quenzer behandelt worden ist — nämlich die materielle Lage der Privatdozenten und Extraordinarien — ist in der Tat für das Hochschulgebiet einer der allerwichtigsten. Die Großh. Regierung wendet dieser Frage lebhaftes Interesse zu. Man muß anerkennen, daß eine Reihe hervorragend tüchtiger Privatdozenten und Extraordinarien

in dieser Stellung bis an ihr Lebensende unter Entbehrenen Tüchtiges ja Ausgezeichnetes für die Wissenschaft geleistet haben. Es ist deshalb begreiflich, daß ihre materielle Lage in letzter Zeit wiederholt auch in andern Staaten erörtert worden ist. Man hat in einigen Staaten sogenannte „Privatdozentenstipendien“ geschaffen, so in Preußen und Elsaß-Lothringen. Aber damit allein ist die Frage nicht aus der Welt zu schaffen. Es ist, wie der Herr Abg. Heimburger ganz mit Recht gesagt hat, eine Frage, die nicht in einem einzelnen Lande ausgetragen werden kann.

Wenn man an ihre Lösung herantreten will, muß man sich vergegenwärtigen, daß der akademische Lehrberuf von der Art ist, daß er stets den Zufluß junger frischer Kräfte verlangt, und daß man alles vermeiden muß, was dazu führen könnte, die Zahl der alten, unzufriedenen Privatdozenten und Extraordinarien an den Hochschulen zu vermehren. Das würde aber geschehen, wenn man sie, wie der Herr Abg. Quenzer meint, nach zehnjähriger bewährter Tätigkeit in feste Bezüge einrücken ließe. Damit würde man die Hochschulelets erheblich belasten, und man würde nach meiner Ueberzeugung mit dieser Belastung die Privatdozenten doch nicht zufrieden stellen; man würde aber, und das ist die Hauptsache, durch eine künstliche Stagnation der Sache schaden. Das badische Unterrichtsministerium hat schon seit einiger Zeit dieser Frage besondere Aufmerksamkeit zuteil werden lassen, und ist zu der Ansicht gekommen, daß es für unsere Verhältnisse das Beste ist, wirklich tüchtigen Privatdozenten auf ihren Spezialgebieten Lehraufträge zu geben. Ich glaube, das hat den großen Vorzug, daß der Dozent, der auf Antrag der Fakultät durch einen Lehrauftrag ausgezeichnet ist, auch das Bewußtsein hat, für das, was er bekommt, der Hochschule wirklich etwas zu leisten. Wenn ich Ihnen nun sage, daß an unseren drei Hochschulen zurzeit 41 Privatdozenten und Extraordinarien im Besitze solcher Lehraufträge sind, so werden Sie wohl einräumen müssen, daß darin eine soziale Fürsorge auch für diese Gelehrten zu sehen ist und daß man in Baden ruhig das Vorgehen der anderen größeren Staaten in dieser wichtigen Frage abwarten kann. Jedenfalls müssen alle Maßnahmen vermieden werden, die den Stamm der alten Privatdozenten und Extraordinarien und trotz kleiner Beihilfen die von dem Herrn Abg. Quenzer geschilderten betrüblichen Erscheinungen vermehren. Die Fakultäten muß ich in Schutz nehmen. Es ist unmöglich, daß die Fakultäten bei der Habilitation ein sicheres Urteil haben können, wie der junge Gelehrte sich entwickeln wird. Da sind glänzende Hoffnungen vorhanden, und die Entwicklung erfüllt diese Hoffnungen doch nicht. Ich glaube, die Abhilfe ist darin zu suchen, daß, wo ein Rücktritt in einen andern Beruf möglich ist, der Privatdozent, der nicht weiterkommt, diesen Rücktritt vollzieht, ehe es zu spät ist. In der theologischen, in der juristischen, philosophischen, und ganz besonders in der medizinischen Fakultät ist der Rücktritt in andere Berufe, in den Beruf der Gymnasiallehrer, der Ärzte oder Pfarrer, weitaus das Beste. In diesem Sinne hat die Großh. Regierung im letzten Jahre durch eine Mitteilung an die Hochschulbehörden zu wirken gesucht, daß in Zukunft der Titel „Extraordinarius“ nur in solchen Fällen beantragt und verliehen werden soll, in denen der Privatdozent in seiner praktischen Tätigkeit als Dozent und in seinen wissenschaftlichen Arbeiten wirklich das gehalten hat, was man bei der Habilitation von ihm erwartet hat, so daß man sagen kann, er ist unbedingt qualifiziert für die akademische Laufbahn. Wir hoffen, daß dadurch erzielt wird, daß die für den akademischen Lehrberuf weniger geeigneten Gelehrten wieder in andere Berufe zurückkehren und frischen Kräften

Platz machen, die unbedingt nötig sind, wenn die Hochschulen sich immer jung und leistungsfähig erhalten sollen.

Der Herr Abgeordnete Nebmann hat noch einmal die Frage der Volkshochschulkurse berührt. Da kann ich anknüpfend an das, was der Herr Staatsminister gesagt hat, nur wiederholen, daß das Ministerium noch keine Forderung zurückgewiesen hat, die von den Veranstaltern solcher Hochschulkurse gestellt worden ist. Aber die Großh. Regierung möchte in diese Angelegenheit nicht aktiv eintreten. Denn ich bin überzeugt, sobald die Regierung die Frage der Volkshochschulkurse in die Hand nehmen würde, würde man ihr auf dieser oder jener Seite den Vorwurf machen, daß sie bestimmte Richtungen fördere. Ihre Unterstützung wird die Regierung den Volkshochschulkursen, deren Bedeutung sie voll würdigt, immer leihen, sie wird aber in die Entwicklung der Bewegung nicht eingreifen, das würde der schönen Bewegung mehr schaden als nützen.

Der Herr Berichterstatter hat die Wünsche der Wärter und Oberwärter der Regierung zur wohlwollenden Behandlung empfohlen. Ich kann im Anschluß an das, was in der Kommission schon darüber gesagt worden ist, nur wiederholen: die Frage ist wesentlich eine Geldfrage. Wenn es gelingt, mehr Geld für die Wärter bereitzustellen, so wird es auch möglich sein, ein besseres Personal zu bekommen, ohne sich auf lange Kündigungsfristen festlegen zu müssen, die weder für das Personal noch für die Anstalten von Segen wären. Die Wünsche der Oberwärter und Oberwärterinnen werden bei der Revision des Gehaltstariifs berücksichtigt werden.

Wenn der Herr Abg. Nebmann hinsichtlich der ausländischen Studenten, abgesehen von der schon behandelten Gebührenfrage, darauf aufmerksam gemacht hat, daß diese ausländischen Studenten unter Umständen Gelegenheit hätten, die Plätze in den Instituten und Laboratorien früher zu belegen, sich also für bessere Plätze zu sorgen, so kann ich darauf nur erwidern, daß bei der technischen Hochschule, bei der vor allem die Platznot schon Gegenstand der Erörterung war, für die deutschen Studierenden während einer entsprechenden Frist ein Vorzug eingeräumt worden ist. Auch den Universitäten ist dieses Verfahren empfohlen worden. Irgend ein Mißstand oder eine Beschwerde ist in dieser Richtung in letzter Zeit nicht bekannt geworden.

Richtig ist, daß die Frage der Vorbildung ausländischer Studierender eine gewisse Schwierigkeit bietet, weil die Immatrikulationskommissionen das vielgestaltige Unterrichtsweisen in den vielen auswärtigen Staaten nicht kennen können. Aber der Grundlag besteht, daß ausländische Studenten nur dann an badischen Hochschulen immatrikuliert werden dürfen, wenn sie den Nachweis liefern, daß sie in ihrer Heimat zum Studium qualifiziert sind. Hinsichtlich der russischen Studenten insbesondere wird verlangt, daß sie außer dem Abgangszeugnis der Mittelschule noch die Konkurrenzprüfung bestanden haben, d. h. die Prüfung, die in Rußland darüber entscheidet, ob der Abiturient einer Mittelschule zum Studium auf einer russischen Hochschule zugelassen wird. Ich kann nur sagen, daß in den letzten Semestern Klagen bezüglich der russischen Studenten dem Ministerium nicht mehr zu Ohren gekommen sind.

Wenn ich nun zu den noch unbeantworteten Einzelfragen übergehe, so hat der Herr Abg. Rohrhurst gewünscht, daß das Aversum der Heidelberger Universitätsbibliothek für Beschaffung von Büchern erhöht werde. Nun ist im laufenden Budget eine Erhöhung des Aversums um 9000 Mark vorgesehen, die allerdings in erster Reihe für den teureren Betrieb im neuen Hause, für Heizung, Beleuchtung, Reinigung u. dgl. verwendet werden muß. Immerhin hofft das Ministerium, daß von dieser Aversumserhöhung ein Teil noch der Bücheran-

Schaffung zugute kommen kann. Ich darf versprechen, daß auch künftighin im Budget alles geleistet werden wird, was notwendig ist, um die Universitätsbibliothek Heidelberg auf der Höhe zu halten. Immerhin muß ich bemerken, daß nach Ansicht des Unterrichtsministeriums manches gespart werden kann, wenn die Universitätsbibliothek und die zahlreichen Seminar- und Institutsbibliotheken sich gegenseitig verständigen, sich in die Anschaffungen teilen und die vielen doppelten und mehrfachen Erwerbungen von Büchern und Zeitschriften unterlassen.

Die akademische Lesehalle soll im alten Bibliotheksgebäude untergebracht werden; das Projekt wegen des Umbaus ist dem Hause zugegangen. Sobald der Umbau vollzogen sein wird, kann auch diese Lesehalle eingerichtet werden.

Schwieriger wird sich der Wunsch nach einer Turnhalle erfüllen lassen. Es ist richtig, daß der beste Zustand der ist, wenn die Universität über eine eigene Turnhalle verfügt. In dieser günstigen Lage befindet sich die Universität Freiburg, die seinerzeit aus Grundstücken der Universität eine Turnhalle erbaut hat. In Heidelberg ist es sehr zweifelhaft, ob die Regierung in der Lage ist, gegenüber anderen wichtigen und dringlichen Aufgaben auch diesen Wunsch zu erfüllen. Durch das sehr anerkenne swerte Entgegenkommen der Stadt ist aber, wie der Herr Abg. Rohrhurst schon hervorgehoben hat, eine Turnhalle täglich von 5 Uhr an zur Verfügung der Universität gestellt worden. Im nächsten Budget wird das hohe Haus auch einen Posten finden, der für den Mietzins dieser städtischen Turnhalle sorgen wird. In der laufenden Budgetperiode sind die Mittel hierfür durch das dankenswerte Eintreten eines Senatsmitglieds beschafft worden.

Wenn der Herr Abg. Rohrhurst von den Kursen für Lehrer und Lehrerinnen gesprochen hat, die an der Universität Heidelberg mit großem Erfolge abgehalten worden seien, so kann ich diese Ausführung nur dankbar begrüßen. Es ist das eine Betätigung der Hochschullehrer, ähnlich wie bei den Volkshochschulkursen, die sie im allgemeinen Interesse des Landes vornehmen, und durch die sie ihrerseits gewissermaßen dem Lande den Dank dafür abtatten, daß in Baden so viel für die Universitäten geschieht. Wegen der Mittel, die für jene Kurse erbeten werden, wird sich ja wohl bei Beratung des Volkshochschulbudgets Gelegenheit zu näherer Erörterung bieten.

Sehr gefreut habe ich mich über die anerkenne swenden Worte, die der Herr Abg. Reibmann dem vortrefflichen Direktor des astro-physikalischen Institutes gewidmet hat; und ich kann nur sagen, daß die Regierung jederzeit die Wünsche des astro-physikalischen Instituts nach Möglichkeit berücksichtigt hat und berücksichtigen wird, insbesondere auch den Wunsch nach dem dritten Assistenten.

Hinsichtlich der Universität Freiburg ist die Frage berührt worden, ob nicht das Personal der Bibliothek durch einen Theologen verstärkt werden sollte. Für die Neukatalogisierung der theologischen Abteilung der Bibliothek war bereits eine theologische Hilfskraft eingestellt. Ob es möglich sein wird, von den dauernden Stellen eine einem Theologen zu überweisen, kann ich heute nicht sagen. Die Stellen sind zurzeit besetzt; aber ich würde es begrüßen, wenn bei der Bedeutung der theologischen Abteilung der Bibliothek auch ein Theologe dort verwendet werden könnte. Wenn also seitens der Bibliotheksverwaltung mit diesem Wunsche an das Ministerium herangetreten wird, so wird der Antrag alles Entgegenkommen finden.

Wegen der Verlegung der psychiatrischen Klinik in Freiburg ist früher in dem hohen Hause schon verhandelt worden. Es ist damals erklärt worden, daß man die Verlegung im Auge behalten würde. Die früheren fortwährenden Klagen u. Beschwerden der Nachbarn über den Lärm in der psychiatrischen Klinik sind verstummt. Es besteht daher kein dringender Grund, an die Verlegung der Anstalt zu denken. Wenn die Herren die Lage der psychiatrischen Klinik in Betracht ziehen, so werden sie zugeben, daß eben nicht nur die psychiatrische Klinik selbst, sondern auch das Militärlazarett, das daneben liegt, und das Krankenhaus, das gegenüber steht, einer Entwicklung der Stadt in diesem Teile im Wege stehen. Ich muß bezweifeln, daß man durch Veräußerung der psychiatrischen Klinik ein Kapital bekommen könnte, das einen Neubau der Klinik an einem anderen Orte weiter außerhalb von Freiburg ohne große Opfer ermöglichen würde. Zergelt eine Zusage in der Richtung kann deshalb die Großh. Regierung heute nicht geben.

Hinsichtlich des neuen Kollegienhauses in Freiburg möchte ich nur bemerken, daß die Behauptung, als ob die Verzögerung nur durch den Architekten veranlaßt worden sei, unrichtig ist. Es haben sich außergewöhnliche Schwierigkeiten diesem Bau entgegengestellt. Diese liegen nicht zum mindesten darin, daß die Verlegung des Gewerbehofs immer noch auf Einsparungen gestoßen ist, die noch erledigt werden müssen. Mit dem Abbruch der Kempfarkaserne ist oder wird übrigens in diesen Tagen begonnen und es ist Vorjorge getroffen, daß dann die Fundamentierungsarbeiten ohne Unterbrechung weitergeführt werden.

Hierauf wird die Debatte abgebrochen.

Es werden noch folgende während der Sitzung eingebrachte Einläufe angezeigt:

1. Petition des Gemeinderats Steinach um Abänderung der projektierten Straßenüberführung der Schwarzwaldbahn auf Gemarkung Steinach betr.;  
2. Petition des Stiftungsrats der katholischen Kirchengemeinde St. Margen, A. Freiburg i. Br., und der Vertreter der politischen Gemeinden des Kirchspiels: St. Margen, Hinterstrah, Wildgutach, Wagensteig, Oberibental (St. Peter), die Restauration der Pfarrkirche in St. Margen hier die Bitte um Zuweisung eines Staatsbeitrags hierzu betr.

Ziffer 1 geht an die Budgetkommission, Ziffer 2 an die Petitionskommission.

Ferner:

3. Antrag der Abgg. Bechtold und Genossen wegen Vorlage eines Gesetzentwurfs, betreffend die Revision der Städteordnung;

4. Antrag der Abgg. Bechtold und Genossen wegen Vorlage eines Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung der Gemeindeordnung.

Ziffer 3 und Ziffer 4 sollen gedruckt und dann den Mitgliedern des Hauses zugestellt werden.

Schluß der Sitzung um 1 Uhr 25 Min. nachmittags.

\* Karlsruhe, 27. März. 53. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag den 29. März 1906, vormittags 9 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für die Jahre 1906 und 1907. Ausgabe Titel X: Unterrichts-wesen, I. Höhere Unterrichtsanstalten. — Druckische Nr. 10 c (I) — Berichterstatter: Abg. D ö f f r e r. (Fortsetzung)